

3. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Donnerstag, 15. Dezember 2022
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 21.15 Uhr

Anwesend sind: 34 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Urs Knapp,
6. Simone Sager, 7. Markus Wyss, 8. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Eberhard Florian, 2. Lea Jäggi, 3. Daniela Minikus, 4. Luc Nünlist,
5. Luisa Segessenmann

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf

Junge SP Region Olten:

1. Simea Fürst, 2. Cécile Send

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Spirig Denise,
5. Seu-Jhing Tang

Stadtrat:
Thomas Marbet, Stadtpräsident
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Marion Rauber, Direktion Bau
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend:
Christine von Arx
Deny Sonderegger
Marc Winistörfer
Anna-Lea Enzler

Unentschuldigt abwesend:
Christian Ginsig
Daniel Kissling

Ferner anwesend:
Daniel Lehmann Pollheimer, Fachstellenleiter Energie, Klima und Umwelt

Vorsitz: Laura Schöni

Protokollführerinnen: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Gemeindeparlament/Demission
3. Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl
4. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 4.01 Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Schaffung einer (temporären) Spezialkommission Entwicklung Innenstadt/Frage der Dringlichkeit
 - 4.02 Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Schaffung einer (temporären) Spezialkommission Entwicklung Innenstadt (bei Annahme der Dringlichkeit)
 - 4.03 Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Abstimmungsversprechen einhalten, Nettokosten der Museen senken!
 - 4.04 Überparteilicher Auftrag Yael Schindler (GO) und MU betr. Ortsbildschutz und Klimaschutz vereinbaren
 - 4.05 Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Schaffung Migrationsbeirat (MBR)
 - * 4.06 Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp, Muriel Jeisy (CVP) und MU betr. Baugesuchverfahren für Kleinstvorhaben wie Velounterstände vereinfachen
 - * 4.07 Interpellation Fraktion FDP, Nico Zila und MU betr. Entwicklungsgebiet Hammer / Rötzmatt und Personenunterführung OSW mit SBB koordinieren
 - * 4.08 Parlamentarischer Antrag Fraktionen Grüne/Junge Grüne und Olten Jetzt! betr. Offenlegung des Stimmverhaltens des Gemeindeparlaments/Stellungnahme
 - * 4.09 Auftrag Fraktion Olten jetzt!, Daniel Kissling und Mitunterzeichnende betr. Unterstützung für das Haus der Fotografie

- * 4.10 Interpellation Cécile Send (SP/JSP) betr. Obdachlosigkeit in der Stadt Olten und Sozialregion
- * 4.11 Überparteilicher Auftrag Manuela Höfler (GO), Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Photovoltaik-Anlagen bei Neubauten und umfassenden Dachsanierungen
- * 4.12 Auftrag Luc Nünlist und Florian Eberhard (SP/JSP) betr. Markthalle für Olten
- * 4.13 Auftrag Manfred Schoger (Mitte/EVP/glp) und MU betr. Veröffentlichung Stundenpläne Ende April statt Ende Mai
- * 4.14 Überparteilicher Auftrag Salome Kisker (OJ) und Manuela Höfler (GO/JGO) und MU betr. Dachbegrünungen
- * 4.15 Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Zeitgemässes Arbeitsmodell der Exekutive Olten
- * 4.16 Überparteiliche Interpellation Tobias Oetiker (OJ) und Manuela Höfler (GO/JGO) betr. Lessons Learned aus der Stromkrise
- * 4.17 Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO/JGO) betr. Klimarappen Olten
- * 4.18 Auftrag Fraktion FDP, Urs Knapp, Simon Bloch und MU betr. Umfrage durchführen: Wie kann motorisierte Mobilität verbessert werden?

* aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Laura Schöni begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung im Jahr 2022.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Laura Schöni:

Vorstösste/Rückzug

- Interpellation Robin Kiefer (SVP) betr. Klumpenrisiko bei Steuersubjekten/ Förderung des Wirtschaftsstandortes Olten
- Auftrag Nico Zila (FDP) und Matthias Borner (SVP) betr. Einheitsbezug der direkten Staats- und Gemeindesteuern prüfen

Vorstösste/Eingang

- Kleine Anfrage Manfred Schoger (Mitte/EVP/glp) betr. Buvette bei Spielplätzen
- Auftrag Baumann/Lütolf (SP/JSP) betr. Badieintritte für Oltner Schüler/innen
- Auftrag SVP betr. Schaffung gesetzliche Grundlage für beitragspflichtige Basiserschliessungen

Disteli-Gespräche

Alle Fraktionen wurden zur Teilnahme an den Disteli-Gesprächen 2023 eingeladen. Es haben sich inzwischen zwei Fraktionen angemeldet. Ich möchte euch daran erinnern, dass jene, die sich noch nicht gemeldet haben, dies so bald als möglich noch machen.

Jahresabschluss Gemeindeparlament

Im Anschluss an unsere ca. 2-stündige Sitzung werden wir uns im Café Ring zu einem Umtrunk treffen.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 20

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen:

Mit E-Mail vom 23. November 2022 demissioniert Lea Jäggi (SP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Dezember 2022.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament die Demission von Lea Jäggi (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Lea Jäggi (SP) genehmigt.

Mitteilung an:
Frau Lea Jäggi
Kommissionsverzeichnis
Sitzungsgeldabrechnung

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 21

Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Geschäftsprüfungskommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen:

Mit E-Mail vom 23. November 2022 demissioniert Lea Jäggi (SP) per 31. Dezember 2022 als Mitglied des Gemeindeparlaments und somit auch als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

Als Ersatz für Lea Jäggi schlägt die Fraktion SP/JSP Luisa Segessenmann als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Lea Jäggi (SP) aus der Geschäftsprüfungskommission und die Ersatzwahl von Luisa Segessenmann (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 32 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Demission von Lea Jäggi (SP) aus der Geschäftsprüfungskommission und die Ersatzwahl von Luisa Segessenmann (SP) genehmigt.

Mitteilung an:
Frau Luisa Segessenmann
Frau Lea Jäggi
Kommissionsverzeichnis
Sitzungsgeldabrechnung

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 22

Dringlicher Auftrag Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Schaffung einer (temporären) Spezialkommission Entwicklung Innenstadt// Frage der Dringlichkeit

Philippe Ruf (SVP), Auftraggeber: Ich bitte euch die Dringlichkeit zu befürworten, da vom zeitlichen Rahmen her diese Kommission **jetzt** ins Leben gerufen werden müsste, damit das Projekt Gestaltung der Innenstadt und Kunstmuseum begleitet werden kann. Denn diese Projekte stehen jetzt an.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Der Stadtrat unterstützt die Dringlichkeit.

Florian Eberhard, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP sieht es genauso wie Philippe. Es besteht dringlicher Handlungsbedarf bei der Weiterentwicklung der Kirchgasse. Und weil es so dringlich ist, hat die Fraktion im Januar 2019, also vor fast vier Jahren, eine Motion zur Schaffung einer nichtständigen Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Oltnen Innenstadt eingereicht. Natürlich nicht mit direkt übereinstimmendem Wortlaut, aber der Kern, eine Kommission für die Innenstadt, ist identisch. Diese Motion wurde im Parlament auch überwiesen, trotz Kritik von Philippe, der kritisiert hat, man solle bitte keine neuen Kommissionen schaffen, nachdem man diese mühsam reduziert hat. Und da der Vorstoss überwiesen und es bereits in der Kompetenz des Stadtrates liegt, eine solche Kommission einzusetzen, sehen wir die Notwendigkeit nicht, einen weiteren Papiertiger zu schaffen und sprechen uns daher gegen die Dringlichkeit aus.

Manfred Schoger, Fraktion Mitte/EVP/glp: Wir werden die Dringlichkeit unterstützen. Aus unserer Sicht ist es ein Thema, das sowohl zeitlich als auch inhaltlich sehr dringend ist.

Nico Zila, Fraktion FDP: Auch die FDP möchte, dass die Planung in der Kirchgasse und im Prozess Kunstmuseum vorwärtsgeht. Wie dies der Stadtrat auch tut und mit der Einberufung des runden Tisches letzten Monat unter Beweis gestellt hat. Es ist nur konsequent, dass man diesen Auftrag als dringlich behandelt. Die FDP wird sich für die Dringlichkeit aussprechen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: OJ sieht auch, dass es dringlich ist, diesen Vorstoss zu behandeln.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Unsere Fraktion sieht die Dringlichkeit aufgrund der aktuellen Neulancierung über die zukünftige Entwicklung vom Kunstmuseum. Daher werden wir diesem auch zustimmen. Aber wir finden, es würde Sinn machen, den Auftrag nach hinten zu verschieben, damit wir die Antwort vom Stadtrat noch studieren können, um sich eine Meinung zu bilden.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Mein Vorschlag ist, dass wenn der Auftrag dringlich erklärt wird, wir eine fünfminütige Pause machen. Denn nach hinten verschieben und lesen, wenn alle anderen reden, kann für die einen oder andern eine Herausforderung sein.

Beschluss:

Mit 26 Stimmen bei 7 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

5 Minuten Pause fürs Aktenstudium

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 23

Dringlicher Auftrag (parlamentarischer Antrag) Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Schaffung einer (temporären) Spezialkommission Entwicklung Innenstadt/ Beantwortung

Am 24. November haben Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss dringlich zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Das Parlament setzt eine nichtständige parlamentarische Kommission (gemäss Artikel 32 der Gemeindeordnung EGO) ein, um die Entwicklung der Innenstadt temporär zu begleiten. Die Kommission konstituiert sich selbst und löst sich selbst zu gegebenem Zeitpunkt wieder auf.

Begründung Dringlichkeit:

Zeitdruck; diese Kommission soll (u.a.) den Prozess Kunstmuseum/Kirchgasse begleiten.

Begründung:

Seit dem Nein zum Projektierungskredit Kirchgasse 8 und 10 wird über die Zukunft der genannten Liegenschaften an der Kirchgasse, sowie eine mögliche Weiterführung eines Oltners Kunstmuseums (KMO), nachgedacht. Die Absichten des Stadtrates wurden an der Urne verworfen; über die Gründe zum Nein kann lediglich gemutmasst werden. Diverse Stakeholder haben verschiedenste Inputs eingebracht, wie die Zukunft der Liegenschaften/des KMO aussehen könnte. Es darf festgehalten werden, dass der einheitliche Wunsch besteht, dass die innerstädtischen Liegenschaften, sowie das KMO, mitsamt weiteren Institutionen (IPFO, Haus der Museen, Platz der Begegnung, Munzingerplatz), wie auch der Liegenschaft Hübeli, gesamtheitlicher betrachtet und wo möglich geplant werden.

Die temporäre Kommission, bestehend aus einer Vertretung aus jeder Fraktion des Parlaments, kann dabei helfen, dass i) die Glaubwürdigkeit der Planung der Innenstadt gesteigert wird, ii) ein stellvertretendes Mitspracherecht der Bevölkerung bei der Gestaltung der erwähnten Planung ermöglicht wird und iii) die Regierung/Verwaltung ein konsultatives Organ zu dieser wegweisenden Konzeption erhält (Aufzählung selbsterklärend nicht abschliessend). Die Kommission könnte sich formell (Reglemente, Sitzungsgeld, etc.) an den ständigen parlamentarischen Kommissionen orientieren und soll vom Stadtrat mindestens zu jeder Projektierungsphase/jedem Meilenstein der innenstädtischen Planung konsultiert werden. Die Kommission verfasst zu jeder Sitzung einen Bericht zuhanden des Gemeindeparlamentes.»

- - - -

Stadtpräsident Thomas Marbet nimmt im Namen des Stadtrates wie folgt zum Antrag Stellung:

Zur Dringlichkeit:

Der Stadtrat befasst sich in seiner Jahresplanung derzeit unter anderem auch mit dem weiteren Vorgehen im Prozess Kirchgasse 8 und 10/Kunstmuseum. Dazu gehört auch die Frage, wie dieser Prozess mit dem Ziel einer breiten Akzeptanz begleitet werden soll. Daher ist die Dringlichkeit aus seiner Sicht gegeben.

Zum Vorstoss:

Der Stadtrat hat zum Thema «Wie weiter?» im Prozess Kirchgasse 8 und 10/Kunstmuseum bereits am 21. November zu einem runden Tisch eingeladen. Dabei diskutierten 24 Personen - neben den fünf Stadtratsmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden Vertretungen des Referendumskomitees und des Pro-Komitees, der sechs Fraktionen im Gemeindeparlament, von Region Olten Tourismus, Gewerbe Olten, des Hauses der Fotografie und des Schweizerischen Instituts für Kunstwissenschaft – unter der Leitung von Urs Bloch (Olten) in einer Auslegung einerseits über die Gründe zum Nein des Projektierungskredits, andererseits über die möglichen Eckpfeiler für das weitere Vorgehen.

In beiden Bereichen blieben zwar auch nach der Veranstaltung unterschiedliche Ansichten bestehen, zum Beispiel was die finanziellen Möglichkeiten oder den Umgang mit der nach dem Umzug des Kunstmuseums freiwerdenden Liegenschaft Kirchgasse 8 betrifft. Wichtig für das weitere Vorgehen war jedoch die Tatsache, dass diese Aussprache und der direkte Kontakt zwischen allen Beteiligten als erster Schritt stattgefunden haben. Einig war man sich zudem darüber, dass Handlungsbedarf betreffend bauliche Sanierung der beiden Gebäude besteht. Und die Anwesenden bekannten sich auch grossmehrheitlich zur Institution Kunstmuseum als Teil der Oltner Innenstadt und als Bildgedächtnis und Kulturvermittlerin, die sich aber weiterhin und noch verstärkt für die breite Bevölkerung öffnen muss. Insofern hat sich die Öffnung des Prozesses für diese Aussprache bewährt.

Dem Stadtrat ist es bewusst, dass die Grösse des runden Tisches sich zwar für diese Auslegung geeignet hat, dass sich hingegen für ein effizientes Arbeiten die Zusammenarbeit mit einem kleineren Team anbietet. Aus seiner Sicht wäre es jedoch der Sache dienlich, wenn neben den politischen Vertretungen – die ja bereits über die Gefässe «Disteli-Gespräche» und Geschäftsprüfungskommission verfügen – auch Exekutivmitglieder sowie Fachleute und Interessenvertretungen aus Bau und Kultur im Beratungsgremium Einsitz haben. Er schlägt daher anstelle einer parlamentarischen Kommission die Schaffung einer von ihm einberufenen Begleitkommission vor, in der die im Gemeindeparlament vertretenen Fraktionen je eine Vertretung haben und die maximal zwölf Personen umfasst. Es macht aus Sicht des Stadtrates Sinn, wenn die zusätzlichen Mitglieder auf der gleichen Stufe mit den Vertretungen aus der Politik mitdiskutieren und nicht nur als Beisitzer oder Auskunftspersonen einbezogen werden. Der Stadtrat würde sich im Falle einer Nichterheblicherklärung des Vorstosses für die Einberufung der vorgeschlagenen Begleitkommission verpflichten.

- - - -

Philippe Ruf (SVP), Auftraggeber: Danke für die Beantwortung und das wohlwollende Aufnehmen. Ich denke, dass das eine machen und das andere nicht lassen, hier der Ansatz ist. Ich finde wichtig, dass wir jetzt auf die Abstimmung zurückschauen. Es haben bereits damals Experten mitgearbeitet. Einerseits beim Museum, aber auch Architekten und externe Berater. Und daraufhin hat die Bevölkerung «nein» gesagt. Und genau dies gilt es nun ein bisschen zu verhindern. Und auch für jene Leute, die ein Nein» unterstützt hatten, zu denen ich auch gehöre. Ich finde, es gilt auch für uns Verantwortung zu übernehmen und uns von Anfang an einzubringen. Dass wenn es eine Abstimmung gibt, es auch parlamentarisch und vom Volk vertreten ist. Und ich finde, dadurch ist es extrem wichtig, dass wir darum bei der parlamentarischen Kommission, die temporär, projektbezogen diesbezüglich aufgestellt werden soll, von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern gestellt wird. Schlussendlich geht es auch darum, dass wir, die das Volk – die Oltnerinnen und Oltner – repräsentieren, am Schluss das Ganze auch zahlen müssen und unsere Stadt weiterentwickeln wollen. Hingegen, wenn wir externe Leute reinholen, die das beraten, nehmen diese in der Kommission ein Gewicht ein und vertreten dies als Experten, aber sie sind nachher nicht jene, die damit leben müssen und es bezahlen. Das heisst, wenn ich nun beispielsweise in einer solchen Kommission fix Leute mit Experten drin habe, die gleich viel Gewicht haben, bzw. wahrscheinlich sogar noch mehr, denn sie sind Experten, dies natürlich eine andere Prägung hat, als wenn wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter das Ganze anschauen. So müssen wir einfach auch sehen, dass

wir, die die Interessen der Bevölkerung vertreten – genau wie der Stadtrat als vom Volk gewähltes Organ – dass **wir** das in der Kommission auch effektiv wahrnehmen können. Und daher macht es meiner Meinung nach Sinn, wenn wir es bei einer parlamentarischen Spezialkommission belassen, die aber selbstverständlich, falls es der Stadtrat als sinnvoll erachtet und wir dies in der Kommission auch so sehen, logischerweise Expertinnen und Experten zuziehen. Hier bin ich völlig beim Stadtrat, dass man dies unbedingt auch nutzen soll. Aber ich glaube, es ist auch wichtig, als Sounding-Board für den Stadtrat und nachher auch für künftige Abstimmungen. Was meint das Parlament dazu, die Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung? Auch später in einem Abstimmungskampf und auch wie es sich dort vertritt. Daher fände ich es gut, wenn wir die parlamentarische Kommission so umsetzen. Ich würde mich freuen, wenn wir den Auftrag, gleichermassen wie der Stadtrat, befürworten.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Es handelt sich bei diesem Antrag um einen parlamentarischen Antrag. Sprich, das Parlament stellt sich selbst einen Antrag. Man kann diese Kommission natürlich jederzeit einsetzen. Darum nehmen wir in dem Sinne nur Stellung und stellen keinen Antrag auf erheblich oder nicht erheblich. Das ist ein bisschen ein anderes Prozedere. Unserer Meinung nach ist eine Kommission, wie wir es beschrieben haben mit rund einem Dutzend Personen, eigentlich zielführend und bei welcher die Fraktionen eingebunden sind. Aber nicht nur. Es ist ja nicht so, dass dann sechs Expertinnen oder Experten drin sind, sondern auch noch Mitglieder des Stadtrates. Unser Einfluss ist, wie man gesehen hat, auch beschränkt. Von daher kann nicht die Gefahr bestehen, dass man dominiert wird von den Kommissionen her. Aber der runde Tisch hat ja gezeigt, dass dieser Austausch mit Externen durchaus bereichernd ist und neue Impulse geben kann. Für den fraktionsinternen Austausch ist ja eigentlich das Disteli-Gespräch ein gutes Format. Das hat sich etabliert, hat sich bewiesen in dem Sinne. Und wir würden euch vorschlagen, die Runde ein bisschen zu öffnen. Ich glaube nicht, dass das Gewicht der Kommissionen abnimmt und die Experten dominieren werden. Denn viel mehr als zwei oder drei würden wohl auch nicht Platz haben. Also insofern gibt das einen guten Austausch. Ich denke nicht, dass wir dann noch eine zusätzliche nichtparlamentarische Kommission einrichten wollen, solltet ihr sagen, wir wollen dieses Gefäss. Dann ist es so. Wir machen dann nicht noch ein drittes, neben dem Disteli-Gespräch, der GPK und dem runden Tisch, den wir hatten. Also, es wäre dann einfach so, wie ihr es beschliesst. Oder, wenn man es ablehnt, würden wir euch einladen im erweiterten Gefäss den Austausch vorzunehmen.

Simea Fürst, Fraktion SP/JSP: Die SVP verlangt eine nichtständige, parlamentarische Kommission, um die Entwicklung der Innenstadt zu begleiten. In der Begründung sieht man, dass dort je eine Person pro Fraktion Einsitz nehmen soll. Es ist jedoch unklar, was diese Kommission genau tun soll, die Begründung ist undeutlich. Es scheint einen Zusammenhang mit dem abgelehnten Projekt vom Kunstmuseum zu geben. Vor drei Jahren, am 22. Mai 2019, hat das Parlament bereits eine Motion der SP/JSP erheblich erklärt, die den Stadtrat beauftragt hat, sich für eine nichtständige Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Innenstadt einzusetzen. Es hätte sich dabei klar um eine ausserparlamentarische Kommission gehandelt mit Vertretungen aus allen interessierten Kreisen. Das Ziel ist es, eine lebendige Innenstadt zu fördern, welche auch ein Museum miteinbezieht. In der Beantwortung des Stadtrates hat es anno dazumal geheissen, dass unter der Bezeichnung «Olten GO!» wirtschaftsnahe Kreise konkrete Massnahmen gegen Leerstand erarbeitet und dass langfristige Ziele im Rahmen der Ortsplanrevision behandelt werden sollen. Die Rede ist von einer Stadtentwicklungskonferenz mit verwaltungsinternen Fachleuten, ergänzt mit Dritten. In diesem Zusammenhang soll die Frage der Rolle der öffentlichen Hand gestellt werden. Im Zusammenhang mit der Ortsplanrevision hat der Stadtrat dann diese «Echo-Gruppe» gebildet. Soweit sieht der Stadtrat also keinen Handlungsbedarf und damit keinen Grund eine ausserparlamentarische Kommission im Zusammenhang mit der Innenstadt tatsächlich zu bilden. Jetzt ist der Stadtrat jedoch der Meinung, dass eine Art ausserparlamentarische Kommission trotzdem gebildet werden soll. Dieser Auftrag haben wir aber bereits vor dreieinhalb Jahren für erheblich erklärt. Und dieser ist da und diesen gibt es. Nachdem der Stadtrat mit äusserst fragwürdiger Begründung darauf verzichtet hat, dies umzusetzen und die ausserparlamentarische Kommission zu bilden, freuen wir uns jedoch theoretisch, wenn er nun zu einem Umdenken kommt. Auch wenn der Grund

dafür die Ablehnung des Projektes Kunstmuseum war. Für uns ist es einfach zentral, dass es sich um eine ausserparlamentarische Kommission handelt, damit die Reihen geöffnet werden können. Offensichtlich ist das vom Parlament ausgearbeitete Projekt Kunstmuseum beim Volk durchgefallen. Und daher macht es mega wenig Sinn, in einer ersten Runde ohne die Befragung von interessierten Kreisen ein neues Projekt im Parlament auszuarbeiten. Die Entwicklung der Innenstadt muss man umfassend anschauen. Man kann sich dabei nicht sektoriell auf das Gewerbe oder aufs Museum beschränken. Ich möchte sehr gerne rasch zwei Menschen zitieren. Und zwar ist das Urs Knapp, der gesagt hat: «Aber ist eine Kommission, eine 9er-Kommission, vielleicht noch politisch zusammengesetzt, wirklich das Gremium das man braucht? Was bringt das einen weiter? Eigentlich müsste man ein Mitwirkungsverfahren machen.» Und das zweite ist von Philippe Ruf, der sagt: «Die Frage ist, ob die Schaffung einer Kommission hier auch das Richtige ist. Es hat auch hier viele Stakeholder, die in diesen Prozess eingebunden werden sollen. Von daher finden wir es nicht sinnvoll, wenn man jetzt hier vorschreibt, eine solche Kommission zu bilden, wo wir nicht wissen, was ihr effektiver Mehrwert sein wird.» Wir sind froh, dass die FDP und SVP hier einen Meinungswechsel gemacht hat, damit wir gemeinsam die Zukunft gestalten können. Und wir sind auch froh, dass der Stadtrat jetzt einen Handlungsbedarf sieht. Aber das hätten wir alles vor dreieinhalb Jahren schon haben können. Vermutlich ist die Anregung damals einfach aus der falschen Ecke gekommen. Wir beantragen aber trotzdem, diesen Antrag nicht erheblich zu erklären. Wir sind immer noch der Meinung, dass eine ausserparlamentarische Kommission braucht und der Stadtrat diese schleunigst einberufen muss. Eine parlamentarische Kommission mit einer Person pro Fraktion halten wir nicht für sachgerecht.

Nico Zila, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion ist sich in zwei Punkten einig. Zum einen ist die Vorlage vom 25. September 2022 daran gescheitert, dass sich nicht alle Interessengruppen, die in der Stadt Olten aktiv sind - sei es politisch, kulturell, gesellschaftlich, wirtschaftlich – in dieser Abstimmungsvorlage zum Projektierungskredit wiederfinden konnten. Zum Zweiten sind wir uns einig, dass man in einem neuen Anlauf rasch vorwärts machen muss. Der Stadtrat hat mit dem runden Tisch einen guten, ersten Schritt gemacht. Es muss jetzt weitergehen in einer Form, wofür der runde Tisch wahrscheinlich effektiv nicht die richtige Grösse aufweist. Sprich, irgendetwas im Rahmen einer Kommission sollte es für die FDP als nächstes schon sein. Wir sind uns in diesen paar Minuten, in denen wir Zeit hatten, die Stellungnahme des Stadtrates zu lesen, nicht einig geworden, ob eine nichtständige parlamentarische Kommission oder doch eher ein Begleitgremium mit Beizug von Expertinnen und Experten und Ausenstehenden der bessere Weg ist. Das soll jedes Fraktionsmitglied dann nach seiner eigenen Einschätzung entscheiden. Sollte es zu einer parlamentarischen Kommission kommen, sind für uns eigentlich zwei Punkte massgebend. Und hier würden wir den Stadtrat gerne einladen auch Stellung zu beziehen im Wissen, dass es sich eigentlich um einen parlamentarischen Antrag handelt. Eine Kommission schaffen, nur, dass es dann eine gibt und jemand in die Fraktionen rapportiert, das bringt aus unserer Sicht nichts. Der Stadtrat müsste auch mit einer solchen parlamentarischen Kommission zusammenarbeiten wollen und können. Genau gleich, wie er glaubwürdig beschreibt, dies auch mit einer ausserparlamentarischen, mit einer Begleitkommission, zu tun. Nun die Frage an den Stadtrat: Wärt ihr bereit, würde der Antrag überwiesen, diese Rolle in der Kommission quasi als Bindeglied zu den Fraktionen zu nutzen. Zweitens ist es für uns wichtig, dass eine nichtständige parlamentarische Kommission nicht so besetzt wird, dass jede Fraktion einfach ungeachtet ihrer Grösse eine Person schickt, sondern, dass man eine 9er-Kommission macht, analog der Zusammensetzung der ständigen Kommissionen. Denn wenn wir den Wählerwillen schon immer einberufen, dann soll die Stärke der Fraktionen dort auch abgebildet werden.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Wir sehen in der Schaffung einer parlamentarischen Kommission insofern ein Problem, als dass sich die Gewaltenteilung dadurch nicht ändert. Wir können im Parlament natürlich eine Kommission machen, aber deswegen sind wir noch immer das Parlament. Wir haben einfach sozusagen einen Ausschuss aus dem Parlament gebildet, womit wir uns Freude machen. Das dürfen wir natürlich. Aber die Entscheidung darüber, was passiert, der Vorschlag, die Vorlage an das Parlament, das macht der Stadtrat. Das heisst, eine Kommission, die beim Bau dieser Vorlage einbezogen werden soll, die muss dem Stadtrat

angehängt sein. Denn der Stadtrat ist die Behörde, die das macht. Wir machen das nicht. Wir entscheiden nachher darüber, wenn die Vorlage da ist. Und von daher finden wir eine Kommission super. Aber sie muss allein von der Logik, von der Gewaltentrennung her beim Stadtrat angehängt sein. Sonst kann sie gar nicht etwas mehr machen, als das Parlament macht. Eben, das Parlament ist das Parlament. Wir haben unsere Recht als Parlament. Wir können noch so viele Kommissionen machen, diese ändern sich deshalb nicht. Von dem her: Gute Idee im Sinne «Kommission». Aber so wie es der Stadtrat beschreibt, als Begleitkommission und vom Stadtrat einberufen. Wir sind uns in der Fraktion jedoch nicht ganz einig. Es gibt allenfalls abweichende Meinungen, die geäußert werden.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Wir von der Fraktion GO/JGO finden es sinnvoll für die zukünftige Weiterentwicklung der Innenstadt eine Kommission einzusetzen. Damit ist die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt politisch breit abgestützt und vielleicht kann man in Zukunft damit ein Abstimmungsergebnis, wie beim letzten Kunstmuseumskredit, verhindern. Wir sind aber der Meinung, dass nicht nur Parlamentarier/innen in dieser Kommission vertreten sein sollen. Es ist wichtig, dass auch Menschen von den jeweils betroffenen Interessenvertretungen in der Kommission sind und sich bereits im Stakeholder-Prozess einbringen können. So kann der Austausch direkt stattfinden und es können gesamtheitliche Lösungen gefunden werden. Wir ziehen daher den Ansatz des Stadtrates vor und werden grossmehrheitlich den Auftrag für nicht erheblich erklären.

Manfred Schoger, Fraktion Mitte/EVP/glp: Wir haben bereits sehr viel gehört. Ich muss jetzt nicht alles repetieren. Aber schlussendlich ist es so, dass auch wir den grossen Bedarf sehen, dass man dort intensiv Informationen abholen kann. Dass man in den Möglichkeiten, die man hat, mitwirken kann. Und dass man das Projekt sehr intensiv begleitet. Schlussendlich ist es so, dass wir der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass diese Kommission repräsentativ belegt ist, wie das auch im Votum der FDP hervorkam. Und wir werden aus diesem Grund diesen Auftrag unterstützen.

Philippe Ruf, Fraktion SVP: Danke für die vielen Inputs. Ich glaube, sie sind alle berechtigt, welche die verschiedenen Parteien eingebracht haben. Ich möchte befürworten, den Auftrag zu unterstützen und zwar einerseits von der Begründung her. Jawohl, von mir aus kann man auch neun Personen reinnehmen und ich wäre bereit, das so umzusetzen. Wir haben ja den Auftragstext, der ausschlaggebend ist, und nicht die Begründung. Von dem her können wir darauf eingehen. Da bin ich auch offen. Es geht mir nicht darum, dass die SVP irgendwie ein höheres Gewicht hat, sondern dass alle vom Parlament in der Kommission vertreten sind. Und ich glaube, genau das ist das wichtige. Es ist das Parlament. Und das Parlament ist die Vertretung vom Volk. Und das Volk ist dasjenige, das am Schluss bezahlt und damit lebt, wie ich es zuvor angesprochen habe. Und wenn wir eine Kommission mit externen Vertreterinnen und Vertretern und Expertinnen und Experten haben, dann sind wir am Schluss wieder gleich weit wie zuvor. Nämlich, dass Externe hier Empfehlungen abgeben, was richtig wäre. Und wir hätten bei Abstimmungen genau gleich wieder Gegner, weil diese kein Mitspracherecht erhalten haben über eine solche parlamentarische Kommission. Denn es wäre wieder eine externe Beratungsgruppe, die Inputs liefert. Aber wir haben genau gleich wieder Gegner in der Stadt, weil die nicht als Parlamentarierinnen und Parlamentarier von Anfang an eingebunden wären. Ich habe das Gefühl, es sollte auch im Interesse des Stadtrates sein und auch in unserem als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass wir dort Verantwortung einbringen können, damit es dann bei einer Abstimmung nicht wieder so ausschaut. Und hier sehe ich auch uns, als Nein-Sager der letzten Abstimmung, in der Verantwortung. Es ist also vielmehr auch ein Angebot, dass wir hier mithelfen, damit es danach auch tragfähig ist. Entsprechend wäre es für jene, die auch wirklich etwas verändern wollen, inklusive Stadtrat, der das Ganze erarbeitet, vor allem auch in eurem Interesse, dass ihr von Beginn an die Unterstützung vom Parlament habt. Wenn das keine parlamentarische wird, können wir dann tragfähigen Empfehlungen abgeben. Und darum befürworte ich vor allem auch in eurem Interessen, dass wir das als parlamentarische Kommission machen. Anyway, ich glaube, es macht Sinn diesen Auftrag zu unterstützen, dass wir dort auch wirklich euch unterstützen können, damit wir die Innenstadt entsprechend entwickeln können.

Luc Nünlist (SP/JSP): Ich teile Philippes Unmut und auch seine Analyse, dass wir A dringend handeln und B eine breite, tragfähige Lösung erarbeiten müssen. Und dafür ist es wichtig, dass wir möglichst auch jene Stimmen abholen, die letztes Mal an der Urne das Projekt abgeschmettert haben. Wir haben hier im Saal das Projekt schon mal besprochen. Wir haben es hier auch überwiesen. Wir haben es akzeptiert. Und ich glaube, wichtig ist, dass wir herausfinden, woher diese Stimmen kommen und wie wir weiterfahren wollen. Das ist das eine. Und in diesem Sinne möchte ich lieber beliebt machen, dass wir nicht aus einer parlamentarischen Vertretung arbeiten. Denn wir haben hier diese Diskussion schon geführt und wir kamen nicht zum gleichen Schluss, wie die Volkvertretung. Diese Diskrepanz muss bei einem nächsten Mal in einer Begleitgruppe eigentlich anders herausgeschält werden. Dies war mein erster Punkt. Und als zweites ist es für mich sehr fraglich.... Wir haben den Vorstoss, welchen wir vor drei Jahren eingereicht haben, noch hängig. Dieser ist überwiesen. Und in diesem Sinne ist die Schaffung einer Kommission für die Innenstadt eigentlich beauftragt. Und wenn wir nun heute Abend diesem Auftrag zustimmen - ich weiss nicht, ist Patrik Stadler im Haus, ich würde dort fragen - hat dann der Stadtrat nicht den Auftrag eigentlich zwei Kommissionen einzusetzen zur Begleitung der Innenstadt? Nämlich jenen, den wir vor drei Jahren überwiesen haben und diesen von heute Abend von Philippe Ruf. Und wenn wir danach zwei Gruppen haben, eine parlamentarische und eine nichtparlamentarische, dann haben wir sicher auch ein bisschen übers Ziel hinausgeschossen. In diesem Sinne vielleicht auch die Frage an den Stadtrat: Was passiert mit dem bereits überwiesenen? Was wäre geplant, wenn nun beide überwiesen werden? Denn es ist sicher nicht zielführend, dass wir zwei quasi identische Kommissionen haben, die sich dann unterschiedlich zusammensetzen, aber das gleiche behandeln. Und wir damit mit Sicherheit zu viel einsetzen.

Matthias Borner (SVP): Ich finde, der Unterschied zwischen den beiden Varianten ist gar nicht so gross. Vielleicht auch die Frage an den Stadtrat: Was macht diese Kommission eigentlich? Die arbeitet ja keine Vorlage aus, sondern ich nehme an, dass ihr das macht und am Schluss sagen die ja oder nein. Und am Schluss kommt es als Vorlage ins Parlament. Und meiner Meinung nach geht das dann sowieso in die GPK, welche auch eine 9er-Kommission ist. Und das andere, wenn man jetzt hier eine Begleitgruppe macht mit Spezialisten, selbst wenn es eine parlamentarische Gruppe ist, gehe ich schwer davon aus, dass ihr auch Spezialisten hinzuzieht. Ehrlich gesagt, ich finde, egal, wie man entscheidet, es läuft aufs Gleiche hinaus. Denn am Schluss gibt es eine Vorlage ins Parlament, diese geht in die GPK und dann kommt sie zu uns und es wird darüber abgestimmt. Oder vielleicht verstehe ich es falsch. Und diese Kommission, stimmt die dann am Schluss ab, wenn wir nicht erheblich erklären? Oder äussert sie lediglich ihre Meinung und ihr sagt: Ja, wir haben es zur Kenntnis genommen und bedanken uns für die grossen Ideen? Aber die Frage ist: Können die am Schluss ja oder nein sagen?

Urs Knapp (FDP): Ich glaube, Matthias hat einen wichtigen Punkt angesprochen und ich möchte das eigentlich noch verstärken. Letztendlich hängt es am Stadtrat. Der Stadtrat kann entscheiden, ob er es so macht wie letztes Mal. Er erarbeitet nach bestem Wissen und Gewissen eine Vorlage aus und man kann dann dazu ja oder nein sagen. Oder der Stadtrat könnte auch entscheiden. Ich glaube, das liegt gerade knapp noch drin in der politischen Gewaltentrennung. Er geht ganz bewusst einen co-kreativen Prozess. Er sagt nicht einfach, wir entscheiden. Sondern wir nehmen diese parlamentarische Gruppe, nicht nur als Sounding-Board, sondern wir lassen sie mitbestimmen. Wir machen am Schluss eine Vorlage, die in dieser Gruppe mindestens faktisch – vielleicht nicht de jure – getragen wird. Denn dann hat man eine grössere Basis. Sonst hat man ein Sounding-Board. Das ist auch gut, aber dann ist klar, wo die Verantwortung liegt. Der Stadtrat kann machen, was er will. Eine modernere Art einer solchen Zusammenarbeit wäre wirklich co-kreativ, wenn der Stadtrat im Bewusstsein seiner Kompetenzen auch einen Schritt entgegenmacht und sagt, wir machen nichts, das die Kommission nicht mehrheitlich gutheisst. Von dem her geht die Frage an den Stadtrat. Es macht keinen Sinn eine parlamentarische Gruppe zu gründen. Denn wenn es nur ein bisschen ein Plaudergruppe ist oder der Stadtrat ein bisschen zuhört, dann fragt es sich, ob eine solche Kommission überhaupt Sinn macht. Wenn der Stadtrat sagt, wir wollen entgegenkommen, wir wollen nicht nur selber entscheiden, sondern wir wollen die Entscheidungsfindung zusammen mit

dieser Gruppe machen und zwar in einem co-kreativen Prozess, dann macht eine solche Gruppe Sinn und dann ist von den Strukturen her eine parlamentarische Gruppe sicher sinnvoll.

Thomas Furst (FDP): Meines Erachtens sind hier zwei Punkte entscheidend. Zu allererst möchte ich Philippe Ruf für diesen, wie mir scheint, wichtigen Input danken. Trotzdem komme ich zum Schluss, dass die Lösung vom Stadtrat, bei dem es diesen Input aber wohl gebraucht hat, die richtige ist. Und zwar, wie bereits erwähnt, aus zwei Gründen. Erstens ist es die Effizienz. Ich glaube, es ist offensichtlich, dass man in diesem Prozess immer wieder an einen Punkt kommt, wo man fachliche Unterstützung braucht, um Ideen zu überprüfen, ob diese sinnvoll und umsetzbar sind. Und das macht nur Sinn, wenn entsprechend Leute von Beginn an in dieser Kommission Einsitz finden. Ebenfalls macht es, wie Tobias Oetiker lange und ausführlich, und einer Meinung nach korrekt, ausgeführt hat, Sinn, dass in einer solchen Begleitgruppe der Stadtrat von Anfang an mitvertreten ist. Und die grundsätzlichen Bedenken, wenn ich es richtig verstanden habe aufgrund der Voten der Befürworter eine parlamentarische Kommission, sind jene, dass der Stadtrat zu wenig genau zuhört, was die Kritiker des ersten Projektes genau vorgebracht haben. So viel Lernfähigkeit attestiere ich dem Stadtrat, dass er sich sehr genau überlegt, was für ein Projekt er als nächstes bringt. Die Stärkeverhältnisse werden meines Erachtens, davon gehe ich aus und dessen bin ich mir sicher, berücksichtigt. Unabhängig davon, ob nun jede Fraktion einen oder mehrere Delegierte in eine solchen Kommission abdelegiert. Die parlamentarische Überprüfung ist im Übrigen aus den bereits ausgeführt Gründen gewährleistet. Denn das Ganze muss früher oder später trotzdem wieder ins Parlament und eben auch vors Volk.

Philippe Ruf (SVP): Der Stadtrat wird logischerweise bei diesen Sitzungen, wie wir es sonst aus Kommissionen kennen, beratend zur Seite stehen. Was wir aber haben, ist das, Thomas - und hier kommt der demokratische Gedanke - was du mit den Experten ansprichst: Diese sind nicht «Olten». Die Experten werden ohnehin mitreden. Das ist auch gut so, wir brauchen Experten, die sich einbringen. Aber wir müssen als Volksvertreterinnen und Volkvertreter eine Empfehlung abgeben können. Und hier muss ich auch den Stadtrat etwas in Schutz nehmen. Der Stadtrat ist, wie das Tobias Oetiker beschrieben hat, die Exekutive, die das ausführen muss und das Konzept bringen. Aber wenn es wieder so ist, arbeiten sie einfach wieder lange daran und machen grosse Projekte, kommen damit zu uns und wir sagen ja oder nein. Oder wenn das Referendum ergriffen und dann in der Bevölkerung abgeschmettert wird. Das ist auch nicht ganz einfach, dies einfach so aufzuarbeiten und als Antwort ein einfaches Ja oder Nein zu erhalten. Hingegen, wenn wir eine parlamentarische Begleitgruppe haben, dann können wir bereits begleitend unsere Inputs geben und es gibt am Schluss nicht einfach ein Ja oder Nein, das man so oder so interpretieren kann. Sondern man hat permanent eine Begleitung und ein Echo aus der Bevölkerung, ob man auf dem richtigen Weg ist und was es die zusätzlichen Inputs sind. Und nicht erst bei einer Abstimmung bei einem Ja oder einem Nein. Und das wäre die Gefahr, wenn wir eine nichtparlamentarische machen, weil dann effektiv wieder andere Leute reinreden. Und du hast so nicht immer das direkte Echo aus der Bevölkerung, nämlich Volksvertretende, die das begleiten und die Inputs direkt geben. Und darum glaube ich eben, dass es parlamentarisch sein sollte.

Luc Nünlist (SP): Wir haben nun viele Hypothesen aufgestellt, was dann der Stadtrat macht. Ich habe zuvor eine Frage gestellt und ich wäre froh, wenn ich eine Antwort hätte, bevor ich abstimme. Schaffen wir heute Abend bei einem Ja eine zweite Kommission? Sprich, werden zwei Kommissionen eingesetzt? Oder ist das quasi ein Pleonasmus, dass wir hier die bereits überwiesene Motion «überbeantworten» und entsprechend nur eine einsetzen? Wie sieht das der Stadtrat?

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich versuche die Fragen zu beantworten. Der Rechtskonsulent ist nicht anwesend. Ich habe ihn dispensiert in der Hoffnung, dass es ihn nicht braucht. Nun bin ich mir nicht mehr ganz sicher. Aber er war gesundheitlich auch etwas angeschlagen. Vielleicht vorab noch eine Information zum erwähnten Vorstoss von 2019. Fairerweise muss ich nun noch erwähnen, dass es damals eigentlich vor allem um das Online-Shopping ging.

Es ging um Leerstände. Die Digitalisierung, welche die Innenstädte – nicht nur Olten – leert, und so Verkaufsflächen in der Innenstadt freimacht. Das war damals der eigentliche Punkt. Daher haben wir auch die Gruppe «Olten GO!» erwähnt. Man hat die Ortsplanungsrevision erwähnt. Dort hat man übrigens auch eine Gruppe eingesetzt, nämlich eine «Echo-Gruppe», die sich fürs räumliche Leitbild relativ breit zusammengesetzt hat und was hier im Saal sehr gut aufgenommen wurde. Ich glaube, diesen Tatbeweis hat man erbracht. Und im Prüfbericht 2021, das möchte ich auch noch erwähnen, haben wir darauf hingewiesen. Dieser wurde im letzten April verteilt und dazumal war der Vertreter der SP mit diesem Vorgehen einverstanden. Nun zurück zur Kommission: Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Begleitkommission das richtige Instrument ist. Ich teile deine Angst oder Befürchtung, Philippe, nicht, dass die Fraktionen hier dominiert werden. Wir haben es ja auch beim runden Tisch gesehen; es war eigentlich sehr konstruktiv. Die Leute haben sich eingegeben und es haben vor allem die Kommissionsmitglieder gesprochen, wenn man die Redezeit anschaut. Wir werden keine zweite Kommission einsetzen. Aber dies ist meine Meinung. Am Schluss müssen wir zu fünf entscheiden. Das sollte wohl auch noch reflektiert werden. Aber wenn das Parlament nun diese Kommission einsetzt, glaube ich nicht, dass wir noch eine zweite einsetzen werden. Denn im Grunde genommen, haben wir alles, was wir brauchen, bereits heute. Wir haben im Januar die Disteli-Gespräche, im Rahmen deren wir euch aufzeigen, wie wir weitergehen. Wir waren nicht untätig. Wir hatten das Gesprächsthema im Nachgang zum runden Tisch und haben interne Überlegungen gemacht. Das wollen wir dann auch präsentieren. Und wir haben die ordentlichen Kommissionen, in diesem Fall die GPK, die dieses Sachgeschäft diskutieren würde. Damit ist dies auch sichergestellt. Und die GPK diskutiert es dann mit euch in den Fraktionen und am Schluss auch hier im Plenum. Wir nehmen, was heute kommt. Aber sinnvollerweise würden wir eher eine Begleitkommission einsetzen. Selbstverständlich sind wir als Stadtrat immer das Bindeglied, egal, welche Gruppe man machen möchte. Der Vorteil – rein praktisch - der Begleitkommission ist, wir laden euch ein oder. Wir reservieren Sitzungszimmer, wir schauen, dass es funktioniert und vorwärtsgeht. Bei der Kommission, die ihr einsetzt, seid ihr in der Verantwortung. Sprich, es müsste jemand den Lead übernehmen und das managen. Einfach noch so als praktischer Tipp.

Tobias Oetiker (OJ): Philippe, ich bin schon lange in der GPK. Die Entscheide der GPK sind manchmal kreativ, manchmal finden wir uns sogar in der GPK, entscheiden etwas und das Parlament sagt darauf: Das war eine nette Idee, GPK. Denn es ist überhaupt nicht so, dass nur weil sich Vertreter/innen der verschiedenen Fraktionen in einer Subgruppe einig werden, danach das ganze Parlament damit einverstanden ist und später das Volk ebenso. Nur schon die Idee, dass eine parlamentarische Kommission automatisch zu einem tragfähigen und von allen befürworteten Resultat führen würde, zeigt die Erfahrung mit der GPK, dass dem nicht so ist. Ganz abgesehen von den ganzen Gewaltentrennungsproblemen, die es auch noch gibt. Ich sehe nicht, weshalb es magisch eine Lösung sein kann. Wenn wir aus dem Parlament finden, dass sich neun oder sechs oder was auch immer Personen finden und eine Entscheidung treffen, und dieser danach vom ganzen Parlament und der ganzen Bevölkerung getragen wird. Das haben wir damals beim Kunstmuseum gemacht und es hat nicht geklappt.

Muriel Jeisy-Strub: (Die Mitte): Ich möchte nun trotzdem noch einen Unterschied erwähnen zur GPK, welche sich natürlich mit allen Geschäften, bis auf wenige Ausnahmen, die der FIKO vorbehalten sind, auseinandersetzt. Hier hätten wir wirklich die Chance, gerade die kritischen Stimmen... Daher fand ich den Vorschlag von Philippe, einem der Hauptkritiker des Projektes, so gut, dass er nun einen Lösungsvorschlag bringt und an einer Lösung mitarbeiten will, die mehrheitsfähig ist. Es geht ja dann nur um dieses eine Projekt im weitesten Sinn. Und so kann man auch entsprechend Leute schicken. Daher erhoffe ich mir davon schon ein bisschen mehr, als was zuvor gesagt wurde. Und für mich ist vor allem auch massgebend, was gerade diese Leute wollen. Ich sehe die Unterschiede nicht so riesig, da man ja auch bei einer parlamentarischen Kommission den Stadtrat stets bezieht oder dieser anwesend sein muss. Plus, dass man, falls thematisch notwendig, Fachleute dazu nimmt. Darum ist für mich wirklich entscheiden: Ich finde, vielleicht können sie sich nochmals äussern oder dass man sonst wirklich diesem Willen Rechnung trägt. Denn sonst macht man wieder irgendetwas anderes und die Chance, dass es dann wieder auf einen anderen Weg kommt, ist dann einfach grösser. Und

nun hätte man wirklich die Chance, die kritischen Stimmen 1:1 weiterhin vollzählig einzubinden, damit man möglichst schnell – das wäre ja der Wille von allen – zu einer mehrheitsfähigen Lösung kommt, die dann auch beim Volk Bestand hätte und allen weiterhelfen würde.

Tobias Oetiker (OJ): Muriel, es ist so, dass wenn der Stadtrat eine Vorlage vorbereitet hat, diese ins Parlament bzw. in die GPK kommt. An diesem Vorgang können wir als Parlament so nichts ändern. Wir können natürlich, wenn wir wollen, eine Kommission machen und dann kommt es anstatt zur GPK zu dieser Kommission. Aber es ist im ganzen logischen Verfahren unserer Demokratie nicht anderswo aufgehängt, sondern immer noch im Parlament. Und wenn wir etwas wollen, womit wir früher Eingriff nehmen können und früher erhört werden können, dann muss es etwas sein, das der Stadtrat lanciert. Und nicht wir als Parlament. Wenn wir als Parlament sind in unserem Kistli. Und dieses Kistli können wir bis zu einem gewissen Mass anders einrichten. Aber wir sind immer noch in unserem Kistli.

Philippe Ruf (SVP): Da muss ich dir schon widersprechen, Tobias. Hier geht es um ein Projekt. Und ich glaube, das habe ich auch versucht zu beschreiben. Und zwar, dass man bei den verschiedenen Meilensteinen diese Kommission hinzuzieht. Also, es ist keine GPK, die dann am Schluss zu einem finalen, abgeschlossenen Geschäft ja oder nein sagt. Und das soll genau auch der Vorteil sein. Darum glaube ich, dass du mit dieser Argumentation wirklich dafür stimmen solltest, denn es soll eine begleitende Gruppe sein. Und nicht wie eine GPK, die am Schluss das finale Gesamtgeschäft anschaut und dazu ja oder nein oder Enthaltung. Und ich denke, das ist eben der Vorteil, weil sie es begleiten soll. Und dies soll auch der grosse Unterschied sein zur GPK.

Tobias Oetiker (OJ): Ich weiss, dass das deine Absicht ist, Philippe. Das hast du ja so beschrieben. Nur, das ändert nichts an der Tatsache, dass es nicht in unserer Kompetenz liegt, uns dem Stadtrat als Begleitung aufzudrücken. Denn es ist nicht so. Wir sind nicht in der Kompetenz dem Stadtrat zu sagen: Hey, bei diesem Geschäft übrigens wollen wir mit dir Zwischenergebnisse besprechen. Obwohl, ich sehe deine Motivation. Aber um dies zu erreichen muss der Stadtrat dies einsetzen. Denn in diesem Moment sind wir einfach nicht am Ball. Wir können schon sagen, dass wir das gerne wären. Aber der Stadtrat muss erst das Angebot von uns annehmen und uns dazu holen. Ich will sagen, unsere Kompetenz ändert sich nicht.

Heinz Eng (FDP): Die ganze Diskussion ist doch absolut gaga. Man spricht von Kommission ja oder nein, eine Resonanzgruppe ja oder nein, ein Sounding-Board, was weiss ich, was nicht alles. In einem Betrieb stellt man die Materie in den Vordergrund. Und was der Mehrwert ist. Und dann macht man das oder man macht es nicht. Und ich glaube, wenn wir hier wirklich vorwärtskommen wollen, müssen wir den Fokus richten. Was ist der Mehrwert? Was auch immer, wie diese Gruppe heisst oder nicht. Und dann geht es automatisch nachher beim Karren. Es gibt einen Mehrwert und danach muss man es machen. Fertig.

Stadträtin Marion Rauber: Ich erlaube mir auch noch etwas dazu zu sagen. Das Beispiel zeigt für mich eigentlich auch auf, dass uns die ausserparlamentarischen Kommissionen in der Tat manchmal fehlen. Gerade uns als Exekutive ist das etwas, das wir jeweils gerne ein bisschen gespiegelt hätten. Und zwar nicht nur vom Parlament, sondern auch von Leuten, die sich ausserhalb bewegen und zu einem Thema eine Fachmeinung haben. Und wir reden hier – und daher fände ich es wichtig, dass wir diesen Fächer öffnen – nicht nur von Fachpersonen, die man beizöge, sondern auch von Interessengruppen, die noch irgendetwas mit dem Ganzen zu tun haben könnten, um die Meinung breit abbilden zu können. Ich denke wirklich, es wurde schon mehrmals erwähnt, dass wir dieses Thema hier im Saal diskutiert haben und uns einig waren. Und das Volk hatte danach eine andere Meinung. Also finde ich es eigentlich wichtig, dass wir unbedingt noch zusätzliche Aussenmeinungen einholen, um beim Thema weiterzukommen.

Stadtrat Nils Loeffel: Ohne dem Formalismus zu verfallen, möchte ich doch noch rasch die Gemeindeordnung zitieren, die sagt, was eine parlamentarische Kommission ist. Hier steht: «Das Gemeindeparlament kann zur Vorberatung von Geschäften und Reglementen weitere,

nichtständige parlamentarische Kommissionen einsetzen.» Ich glaube, man muss sich schon bewusst sein, dass das, was du von dieser Kommission willst, Philippe, das ist, was wir als Stadtrat auch wollen und was wir diskutiert haben. Nämlich, dass man diese Kommission immer wieder beiziehen kann. Man kann Themen diskutieren, man kann das Geschäft wieder zurücknehmen, kann es weiterentwickeln, kann wieder zurück in die Kommission und es wieder diskutieren. So wie ich aber eine parlamentarische Kommission gemäss den Vorgaben auffasse, sind wir als Stadtrat beauftragt dieser parlamentarischen Kommission ein Geschäft vorzulegen, worüber diese beraten kann und danach mit Anträgen ins Parlament gehen kann. Und nicht eine Diskussionsgruppe, die ein Geschäft entwickelt. Und daher würde ich dafür plädieren, dass man den Weg macht mit der aussenparlamentarischen. Auch da kann man ja noch darüber diskutieren, wer dort genau dabei ist. Oder ob man es Begleitgruppe oder Begleitkommission nennt. Ich denke, das ist das, was auch von unserer Seite her eigentlich gewünscht ist, das, was du willst und das, was wir im Stadtrat eigentlich auch diskutiert haben. Das mit der parlamentarischen Kommission sehe ich kritisch, obwohl man auch dort Flexibilität walten lassen dürfte. Aber das ist das, was in der Gemeindeordnung grundsätzlich steht.

Beschluss

Mit 19 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 24

Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Abstimmungsversprechen einhalten, Nettokosten der Oltner Museen senken/Beantwortung

Am 25. November 2021 haben Matthias Borner (SVP) und MU folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, um die Kosten der Oltner Museen auf den im Vorfeld der Volksabstimmung über das «Haus der Museen» versprochenen Betrag von 1'600'000.00 CHF zu senken. Die Senkung hat innerhalb der nächsten drei Budgetperioden zu erfolgen

Begründung

Die Oltnerinnen und Oltner stimmten im Juni 2016 mit 82% dafür, dass die bisherigen Museen an zwei Standorten konzentriert werden. Damit wurde die Grundlage für das heutige «Haus der Museen» geschaffen. Der Stadtrat erklärte damals in den offiziellen Abstimmungsunterlagen wie folgt:

«Der Konsens, dass die drei städtischen Museen weitergeführt werden sollen, wenn auch mit geringeren Kosten, soll nun genutzt werden, um im Rahmen einer baulichen und inhaltlichen Gesamtstrategie eine Konzentration auf nur noch zwei Gebäude (Konradstrasse 7 und Kirchgasse 10) vorzunehmen. In diesen sollen zugleich längst fällige Gebäudesanierungen durchgeführt werden, welche die Betriebs- und Unterhaltskosten auf ein zeitgemässes Niveau führen.»

Bereits im Jahr 2021 sind die budgetierten Nettokosten auf CHF 2'490'600.00 angehoben worden. Gemäss Budget 2022 sollen die Nettokosten für alle Oltner Museen CHF 2'595'900.00 betragen. Die Nettokosten teilen sich wie folgt auf verschiedene Museen auf:

Naturmuseum	413'500.00
Historisches Museum	453'100.00
Kunstmuseum	596'600.00
Haus der Museen	1'132'700.00

Abzüglich der Abschreibungen von insgesamt CHF 518'700.00 betragen die für das Jahr 2022 budgetierten Nettokosten noch immer CHF 2'077'200.00. Die ausgewiesenen Nettokosten sind somit CHF 477'200.00 bzw. rund 14% höher, als es der Oltner Bevölkerung im Jahr 2016 versprochen wurde. Gestiegen sind vor allem die Lohnkosten (rund CHF 225'000.00). Ausserdem sind die Kosten für «Honorare ex. Berater, Experten» sowie «Dienstleistungen Dritter» gestiegen. Da sich der Stadtrat sicherlich nicht vorwerfen lassen möchte, die Bevölkerung im Vorfeld der Museumsabstimmungen bewusst belogen zu haben, ist es höchste Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen, die Synergieeffekte zu nutzen und die Nettokosten zu senken.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im März 2009 befürwortete das Gemeindeparlament der Stadt Olten mit 36:4 Stimmen in einem Grundsatzentscheid die Weiterführung der drei städtischen Museen – Historisches Museum, Kunstmuseum und Naturmuseum – als eigenständige Institutionen. Im Rahmen der Sparbemühungen zur Gesundung der städtischen Finanzen wurde in den Jahren 2013/14 die Grundsatzfrage nochmals gestellt, indem auch die Konsequenzen bei der Schliessung eines oder mehrerer Museen der Stadt Olten eingehend geprüft wurden. Dabei ergaben die Überprüfungen, dass die Museen einen wesentlichen Beitrag zur Standortattraktivität des Regionalzentrums Olten darstellen und Aufgaben wahrnehmen, welche zur Bewahrung des kulturellen Erbes erfüllt werden müssen. Gerade auch im Kanton Solothurn, der mit Ausnahme des Museums Altes Zeughaus in Solothurn und des Archäologischen Museums im Haus der Museen keine eigenen Museen besitzt. Festgestellt wurde zudem, dass auch beziehungsweise gerade bei einer Aufhebung – soweit eine solche überhaupt möglich ist – hohe Kosten anfallen würden (vgl. u.a. Prüfungsbericht Kunstmuseum vom 31. März 2014, S. 24ff.).

Nach einem breiten Konsens an für die Diskussion der Sparvorschläge einberufenen runden Tischen wurde beschlossen, mit den bestehenden Museen als Institutionen weiterzufahren – dies aber mit zum damaligen Zeitpunkt aus finanziellen Gründen reduzierten Nettokosten: Kletterten diese bis 2012 auf rund 2,3 Mio. Franken, wurden sie 2013 auf 2,0 Mio. Franken und 2014 auf 1,8 Mio. Franken gekürzt. Im Budget 2015 legte der Stadtrat die gesamten Nettokosten aller drei städtischen Museen auf 1,6 Mio. Franken fest. Das waren über 30% weniger als noch im Jahr 2012. Insbesondere das Kunstmuseum in der bisherigen Form weiterzuführen, war und ist in der Folge nur dank einem mehrjährigen Sponsoring im Umfang von 250'000 Franken pro Jahr möglich; nach dessen Wegfall dürften auch diese Kosten höchstwahrscheinlich wieder bei der öffentlichen Hand anfallen.

Der Konsens, dass die drei städtischen Museen weitergeführt werden sollen, wenn auch mit geringeren Kosten, wurde dann genutzt, um im Rahmen einer baulichen und inhaltlichen Gesamtstrategie eine Konzentration auf nur noch zwei Gebäude (Konradstrasse 7 und Kirchgasse 10) vorzunehmen. In diesen sollten zugleich längst fällige Gebäudesanierungen durchgeführt werden, welche die Betriebs- und Unterhaltskosten auf ein zeitgemässes Niveau führen sollten.

Zum erwähnten Synergiepotenzial machte die Abstimmungszeitung vom 5. Juni 2016 folgende Aussagen:

«Die Gesamtstrategie führt wie erwähnt zu einer Reduktion der Anzahl Liegenschaften von 3 auf 2 und entsprechenden Einsparungen bei den Unterhaltskosten. Synergien im Betrieb wird es geben; wie hoch diese sein werden, wird sich herausstellen, wenn in der nächsten Projektphase ab Mitte Jahr der künftige Betrieb im Detail konzipiert wird.»

Die letzten Jahre haben insbesondere seit der Eröffnung des Haus der Museen vor rund zwei Jahren gezeigt, dass sich die Annahmen bezüglich Kostenentwicklung und punkto Synergiepotenzial nicht im erwarteten Ausmass eingestellt haben.

Die Beilage zeigt die Kostenentwicklung in den städtischen Museen nach den Sparjahren 2013/14 auf. Die Nettokosten ohne Abschreibungen sind von 1,52 auf 1.92 Mio. Franken, das heisst um rund 400'000 Franken angestiegen; dies betrifft sowohl den Personalaufwand als auch den Sachaufwand. Aber auch die Erlöse sind um rund 100'000 Franken angestiegen.

Die höheren Kosten sind auf verschiedene Gründe zurückzuführen:

- Zusätzliche Leistungen sorgen für zusätzliche Kosten: Das Haus der Museen ist heute zugunsten der Besuchenden durchgängig von 10 bis 17 Uhr geöffnet, was zu zusätzlichen Personalkosten führt. Auch die Öffnungszeiten des Kunstmuseums wurden leicht erweitert, damit Besuchende der Zwischennutzung «Haus der Fotografie» vorher oder nachher

auch die Ausstellungen im benachbarten Kunstmuseum und umgekehrt anschauen können. In dieselbe Richtung zeigen die Mehraufwendungen für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit, die sich im Personal- und im Sachaufwand spiegeln: Nur wenn das Angebot verstärkt und bekanntgemacht wird, können die Öffnungszeiten gut genutzt und die oft kritisierten Besuchendenzahlen gesteigert werden.

- Nachdem in früheren Jahren wesentliche Sammlungsbestände u.a. wegen zu geringer Personalressourcen nicht bearbeitet werden konnten, werden sie nun nach und nach aufgearbeitet, was einerseits zu erhöhtem Sachaufwand durch Expertenwissen und Materialkosten führt, andererseits auch zu erhöhtem Personalaufwand, weil möglichst viele der Arbeiten durch (kostengünstigere) interne Fachkräfte ausgeführt werden. Hier muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die umfangreichen Sammlungen, wie sie die städtischen Museen besitzen und die für hohe Kosten sorgen, nur in bearbeiteter und vollständig erfasster Form für die Forschung und auch die Präsentation vor Publikum von Nutzen sind. Zudem können die hohen Sammlungsbestände gerade im Historischen Museum nur reduziert werden, wenn aufgearbeitet ist, um was es sich bei den entsprechenden Gegenständen handelt, wem sie gehören und ob sie für die Sammlung weiterhin relevant sind.
- Die dritte Liegenschaft (ehem. Naturmuseum) konnte aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei der Erneuerung des Kunstmuseums noch nicht von den Museumskonten entfernt werden, so dass dort weiterhin Unterhaltskosten anfallen. Der Zwischennutzung «Haus der Fotografie» werden Räumlichkeiten des ehemaligen Naturmuseums mit einem Mietwert von rund 36'000 Franken pro Jahr unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
- Durch die Investitionskosten für das Haus der Museen sind die jährlichen Abschreibungen deutlich angestiegen.
- Die Energiekosten konnten aufgrund zusätzlicher technischer Einrichtungen (u.a. Klimatisierung im 4. Stock des Hauses der Museen) nicht reduziert werden.
- Die Erträge für die Vermietungen sind unter den Erwartungen geblieben, einerseits aktuell von Seiten des Magazins, wo eine Umsatzmiete vereinbart wurde, andererseits generell von Seiten des Kantons, wo Abstriche bei den ursprünglichen Vorstellungen in Sachen Kostenverteilung und Mieteinnahmen gemacht werden mussten, um das attraktive Archäologische Museum in Olten zu behalten.
- Für den verschiedentlich speziell erwähnten Kostenpunkt ext. Berater beim Naturmuseum gibt es im Übrigen eine Gegenposition in Form einer Einnahme durch einen kantonalen Leistungsauftrag «Arbeiten Erdgeschichte» (3111.4631.01). Ebenso werden die Ausgaben für die Ausstellungen und die Vermittlung durch den Swisslos Fonds unterstützt; Kürzungen auf diesen Positionen hätten parallel dazu auch Kürzungen bei den kantonalen Beiträgen zur Folge.

Fazit: Die Nettokosten der Museen wurden für die «Sparjahre» plafoniert. Das hiess aber nicht, dass sie in alle Zukunft so bleiben mussten; das wäre auch eine Ungleichbehandlung mit andern städtischen Angeboten, deren Kosten sich je nach Bedarf unterschiedlich entwickeln. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich die Annahmen punkto Synergien nicht im erwarteten Ausmass eingestellt haben. Und den zusätzlichen Kosten stehen auch zusätzliche Leistungen auf der Angebotsseite gegenüber. Im Übrigen zeigt die Beilage auch auf, dass die Stadt Solothurn für insgesamt vergleichbare Museen rund 1 Mio. Franken höhere Nettokosten (ohne Abschreibungen) aufweist als die Stadt Olten. Es würde der Zentrumsstadt Olten gut anstehen, wenn auch sie stolz wäre auf ihre breitgefächerten Angebote in Kultur, Sport und Freizeit, auf die letztlich auch ihre zu grossen Teilen städtisch finanzierten Standortvermarktungs-Organisationen angewiesen sind, statt sie im Wesentlichen als Kostenfaktoren zu betrachten.

Die Umsetzung des Auftrags ist aus den aufgezeigten Gründen nicht realistisch. Einsparungen durch Plafonierung der Nettokosten konnten zwar – unter anderem dank grosszügigem Mäzenatentum – kurzfristig getätigt werden, sind aber für die längerfristige Entwicklung und die über lange Jahre hinausgezögerte Sammlungsaufarbeitung kontraproduktiv. Sie würden zudem zu Schliessungen führen, die ihrerseits hohe Kosten sowie Imageverluste zur Folge hätten, sofern sie überhaupt vollzogen werden könnten. Der Stadtrat empfiehlt daher, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Matthias Borner, Auftraggeber: Es ist schade, dass dieser Auftrag erst nach der Museumsabstimmung behandelt wird. Aber trotzdem hat er nicht an Aktualität verloren. Denn nach der Museumsabstimmung ist vor der Museumsabstimmung. Dieser Vorstoss sollte ein Wink mit dem Zaunpfahl sein. Durch die verlorene Abstimmung wurde er aber als Wink mit dem Matterhorn abgelöst. Prinzipiell soll der Stadtrat die Verwendung von Steuergeldern als seine treuhänderische Pflicht begreifen und hier halt auch etwas dezenter vorgehen. Ich kann mich erinnern, als ich in der letzten Sitzung eigentlich bereits parat war zum Loslegen, hat Laura gesagt, oh nein, wir hören besser auf, denn es geht jetzt ums Museum. Ich möchte euch aber sagen, ich habe nicht nur einen Traum, sondern möchte euch aus der Vergangenheit erzählen. Es hat alles so schön begonnen. Der damalige Stadtpräsident hat sich beim GPK-Sprecher Matthias Borner für die fundierte und wohlwollende Aufnahme dieser Vorlage bedankt. Die Sprecherin der SVP hat «Das Haus der Museen mit Nutzung von Synergien» als Glanzidee des Stadtschreibers bezeichnet. Ihr seht, eigentlich war hier im Saal ein breiter Konsens und man war begeistert, sogar von unserer Seite. Aber leider hat man danach aus dieser Vorlage etwas Neues gemacht, das plötzlich eine grosse Opposition hervorgerufen hat. Nun, in diesem Auftrag, den ich stelle, geht es um die Kosten, die sich nach oben entwickelt haben. Ihr stellt es wie ein Naturgesetz dar, dass Kosten **immer** nach oben gehen. Und dass ihr gar nichts dagegen tun könnt, und dass es halt immer mehr kostet. Worum ist es damals in dieser Vorlage gegangen? Es ging um Synergien. Und auch hier nehme ich einen weisen Vorredner zuhänden und dieser heisst Martin Wey. Er wurde gefragt: «Was verstehen man unter Synergien?» Darauf hat er gesagt: «Synergien bestehen darin, dass man mit gleichen Mitteln mehr erreichen kann.» Dann hat er sogleich ausgeführt, dass man beispielsweise anstatt drei nur zwei Liegenschaften zur Bewirtschaftung hat und dadurch aus der Natur heraus Einsparungen macht. Den Bereich Energie hat er gebracht oder das Personal und der Aufwand der Reinigung. All das wurde hier im Parlament aufgezählt. Und das hat alles sehr einleuchtend getönt. In der Antwort vom Stadtrat, und das fand ich sehr negativ, stand: «Die letzten Jahre haben insbesondere seit der Eröffnung des Haus der Museen vor rund zwei Jahren gezeigt, dass sich die Annahmen bezüglich Kostenentwicklung und punkto Synergiepotenzial nicht im erwarteten Ausmass eingestellt haben.» Und: «Die Nettokosten der Museen wurden für die «Sparjahre» plafoniert. Das hiess aber nicht, dass sie in alle Zukunft so bleiben mussten; das wäre auch eine Ungleichbehandlung mit andern städtischen Angeboten, deren Kosten sich je nach Bedarf unterschiedlich entwickeln.» Also, das Naturgesetz, dass städtisch Ausgaben einfach so um 14% steigen, ist eben nicht gegeben. Wir stellen euch das Budget zur Verfügung und ihr geht damit haushälterisch um. Ihr sagt, wir haben die Öffnungszeiten erweitert. Aber das war eigentlich gar nicht euer Auftrag. Wenn ihr jenseits jeglicher betriebswirtschaftlicher Logik solche Entscheide fällt, muss man sich nicht fragen, weshalb die Kosten derart in die Höhe gehen. Und nun komme ich zurück zum Anfang meines Votums. Wenn die Leute das Gefühl haben, die tragen nicht Sorge zu den Geldern, die haben uns etwas versprochen und plötzlich geben die 14% mehr aus und das wird auch so weitergehen, schmälert dies das Vertrauen und es wird recht schwierig bei solchen Vorlagen. Und wenn man die Vorgaben einhält, Budgets, die wir hier sprechen, einhält, Versprechen einhält und Öffnungszeiten nicht so verlängert, wie man gerade will. Oder wenn man verlängert, dass man an einem anderen Ort spart und dies ausgleichen kann. Dann wäre ich davon überzeugt, dass auch eine Museumsvorlage durchgekommen wäre.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich verweise auf die Beantwortung. Diese ist schon ein Weilchen her: 10. Januar 2022. Du hast es gesagt, Matthias, es wäre interessant gewesen, diese im Vorfeld der Abstimmung zu diskutieren. Es ist nicht dazu gekommen. Es war aber auch nicht unsere Absicht, das zu verzögern. Das Parlament legt seine eigene Reihenfolge fest. Die Gründe, dass diese Nettokosten nicht in diesem Ausmass gesenkt werden konnten, hast du aufgeführt. Das ist richtig. Die erweiterten Öffnungszeiten dienen auch der Attraktivierung, damit ein Museum überhaupt besucht werden kann. Die Besucherzahlen waren auch immer wieder ein Thema. Heute ist es möglich, dass wenn man über den Mittag eine Pause hat oder im Haus der Fotografie war, rübergehen kann. Es ist beides geöffnet. Das ist auch attraktiv für die Stadt als Ganzes. Es hat natürlich auch bei den Einrichtungen zu Mehrkosten geführt. Nach dem Hitzesommer ist wohl allen klar, dass das Dachgeschoss klimatisiert werden muss, sonst kann man sich dort unter dem Dach praktisch nicht mehr aufhalten. Momentan schon, nicht wegen des Winters, sondern weil die aktuelle Ausstellung «Eiszeit» heisst. Es lohnt sich aktuell dem Naturmuseum einen Besuch abzustatten. Auch die Abschreibungen, die beim Neubau im Vergleich zum alten Gebäude höher sind, sind natürlich ein Thema. Ich würde mir erlauben, mich noch zusätzlich zu melden. Oder meine Kollegin, die Baudirektorin, die den Bau auch sichergestellt hat. Der Stadtrat legt die gesamten Nettokosten aller drei städtischen Museen auf die CHF 1.6 Mio für das Jahr 2015 fest. Also, eine Perpetuierung haben wir dort eigentlich nicht angekündigt. Es ist richtig: Wir haben nun mit der Reduktion eines Gebäudes schon eine Synergie. Es ist ein Eingang, es ist eine Kasse, es ist ein «Kästli» für die Besucherinnen und Besucher. In einem Gebäude zu sein ist schon ein Vorteil. Wir werden übrigens ab Januar einen gemeinsamen Auftritt bei den Newslettern, bei der Kommunikation. Drei Museen in einem Haus wird sich in einem einzigen Newsletter niederschlagen. Es gibt auch dort organisatorische Verbesserungen, die zu vermelden sind.

Denise Spirig, Fraktion OJ: Ich halte mich recht kurz. Nicht zuletzt, da es etwas lange her ist, seit wir es in der Fraktion besprechen haben. Um es vorab zu nehmen: Wir können diesen Auftrag nicht unterstützen. Für uns ist die Erhöhung der Kosten nachvollziehbar. Auch die Leistungen, die zusätzlich erbracht werden, möchten wir nicht wieder streichen. So zum Beispiel die längeren Öffnungszeiten. Oder auch zusätzliche Veranstaltungen und die intensivierte Öffentlichkeitsarbeit sind für uns wichtige Leistungen, die zusätzlich erbracht werden. Auch, dass die Sammlungsbestände nun wieder bearbeitet werden können oder die höheren Abschreibungen, gestiegene Energiekosten, das alles ist für uns nachvollziehbar und somit ist auch die Argumentation vom Stadtrat nachvollziehbar. Ich habe es gesagt, wir werden diesen Auftrag nicht unterstützen.

Thomas Kellerhals, Fraktion Mitte/EVP/glp: Matthias Borner hat eigentlich ein wichtiges Wort gesagt: Vertrauen. Ich brauche es nun fünf oder sechs Mal in meinem Votum. Grundsätzlich gesehen kann man schon sagen, dass unsere Fraktion den städtischen Museen grundsätzlich vertraut, dass sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ein attraktives Angebot bieten können. Und auch aus eigenen Erfahrungen, auch als Lehrer, der mit Klassen dort ist, kann ich sagen, dass Olten auf seine Museen mit ihren vielfältigen Ausstellungen stolz sein kann. In diesem Sinn soll es kein Vorwurf an die Museumsleitung sein. Die machen mit dem Geld und den verfügbaren Mitteln einen tollen Job. Aber der Stadtrat bringt sich hier wieder in eine unbequeme Lage, wenn man die Aussagen aus der Vergangenheit anschaut, die vermutlich auch abstimmungsrelevant gewesen sein können. Es untergräbt eben das Vertrauen in die Demokratie und auch für zukünftige Abstimmungen, wenn solche Versprechungen nicht eingehalten werden können. Denn normalerweise zeigen tatsächlich die prognostizierten Kosten im Vergleich mit den wirklichen Kosten immer nur in eine Richtung, nämlich nach oben. Das ist eben auch sicher gefährlich für eigentlich zukünftig gute Projekte, denn ist das Vertrauen in die Politik einmal verloren, ist es sehr schwierig dieses bei der Bevölkerung wieder zurückzuholen. Vertrauen verlieren ist immer viel einfacher als Vertrauen zu gewinnen. Denn schlussendlich geht es ums Geld der Leute. Wir hoffen, dass der Stadtrat in diesem Sinne seine Kommunikationspolitik in Zukunft überdenken wird und nicht mehr so leichtfertige Aussagen, insbesondere vor Abstimmungen, wird tätigen, welche alle Beteiligten in eine verzwickte Lage bringen können. Die Fraktion kann allerdings diesen in seiner Radikalität nicht unterstützen, wird sich in dem Sinn geschlossen enthalten.

Yael Schindler Wildhaber, Fraktion GO/JGO: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die klare Antwort auf den Auftrag. Er erläutert für uns nachvollziehbar, weshalb die Museumskosten in den letzten Jahren gestiegen sind. Und ich muss hier auch nicht mehr alles wiederholen. Nur so viel: Der grösste Teil der Ausgaben sind gebundene Ausgaben und gibt kaum Sparpotenzial. Ein Vergleich der Kosten mit dem Sparjahr 2015 geht natürlich nicht. Denn ein Museum, das auf Sparflamme geführt wird, bringt niemandem etwas. Im Gegenteil: Das wird ziemlich schnell peinlich. Für ein Dorfmuseum, das man nur besucht, wenn es im Ferienort gerade regnet, mögen handgebastelte Ausstellungen herzig sein. Aber für ein städtisches Museum, das attraktiv sein soll und sowohl die eigene Bevölkerung, als auch auswärtige Besucher anlocken soll, geht das nicht. Museen leben von gut konzipierten Wechselausstellungen und die kosten nun mal Geld. Auch wenn das Sparpotenzial durch die Zusammenlegung der drei Museen bedauerlicherweise nicht so hoch war wie erwartet, so hat das Museumserlebnis seit der Eröffnung vom Haus der Museen deutlich zugenommen. Auch die längeren Öffnungszeiten begrüssen wir sehr. Würde der Auftrag von Matthias Borner angenommen, da müsste aber genau auf diese attraktiven Wechselausstellungen verzichtet werden. Denn wie gesagt, der grösste Teil des übrigen Museumsbudgets sind gebundene Ausgaben und diese können nicht gestrichen werden. Daher wird die Fraktion GO/JGO diesen Auftrag als nicht erheblich erklären.

Daniela Minikus, Fraktion SP/JSP: Es kann wirklich nicht geleugnet werden, dass Kunst- und Naturmuseumsfreundinnen und -freunde und -besucherinnen und -besucher innerhalb der Bevölkerung eine Minderheit bilden. Aber die Besucherzahlen in Olten bewegen sich am Beispiel des Kunstmuseums bei 11'000 bis 13'000 Personen pro Jahr und dort ordnet es sich auch ein. Das Kunstmuseum in Olten verzeichnet im Vergleich zu anderen Museen wie Thun, Glarus oder Grenchen immerhin eine höhere Besucherzahl. Dem gegenüber stehen natürlich die Millionenbudgets von realisierten BlockbusterAusstellungen in Schweizer und ausländischen Grossmuseen. Hier können wir niemals mithalten. Versicherungssummen, Transportkosten usw. von grossen Ausstellungen würden das ganze Budget sprengen. Aber das Kunstmuseum bzw. generell die Museen in Olten besitzen im Vergleich zu anderen Schweizer Kleinmuseen eine ausserordentlich gute Sammlung. Auch Kunstsammlung. Wir wissen es, wir haben immateriell grosse Werte in unseren Archiven. Und diese Schätze werden nach und nach immer wie mehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es gibt sogar herausragende Werke, die von berühmten Museen aus aller Welt als Leihgabe für Sonderausstellungen angefragt werden. Das Bundesamt hat eine Statistik der Haupt-finanzierungsträger von Museen fürs Jahr 2020 erhoben. Die öffentliche Hand als Finanzierungsträger beträgt 53%. Das beinhaltet den Bund, den Kanton und die Gemeinde. Der Anteil der Privaten, also Vereine, Stiftungen, Privatpersonen und Unternehmen beträgt ca. 45%. Aufgeschlüsselt nach Gewicht der einzelnen Finanzierungsträger, steht die Gemeinde an erster Stelle. Es zeigt eigentlich klar, dass halböffentliche und öffentliche Gebäude eine zentrale Funktion haben. Eine Gemeinde muss für die halböffentlichen und öffentlichen Gebäude Verantwortung tragen und eine Präsenz zeigen. Wir sind aus diesen Gründen der Meinung, dass eine Reduktion der Betriebskosten oder Öffnungszeiten, eine Reduzierung des Angebotes oder Personalabbau im heutigen Kulturleben nicht der richtige Ansatz sein kann. Veranstaltungen bestimmen unseren Alltag, unsere Freizeitkultur. Kulturevents und sogar Kindergeburtstage in Museen widerspiegeln dabei einen gesellschaftlichen Prozess. Der Hintergrund unserer Gesellschaft wird unter anderem in Forschungsprojekten an Hochschulen in Basel und Luzern zum Thema «Kultur und Stadtentwicklung» untersucht. Dabei werden Themen in ökonomischer, sozialer und kultureller Dimension, die ineinander hineingreifen, untersucht. Die SP/JSP betrachtet diesen Auftrag aus den genannten Gründen als nicht erheblich.

Nico Zila, Fraktion FDP: Es schleckt keine Geiss weg, die Oltner Politik hat gerade im Kulturbereich ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das ist aus Sicht der FDP nicht nur ein Schönheitsfehler, sondern mit Blick auf die nächsten, anstehenden Volksabstimmungen in diesen Themen, wie Museen, Stadttheater, man mag vielleicht auch die Badi mit ihrem architektonischen Wert dazuzählen, eine echte Herausforderung. Kostenentwicklungen, wie sie Matthias Borner im Rahmen seines Auftrages aufzeigt und aus unserer Sicht zu Recht kritisch beleuchtet, spielen eine wesentliche Rolle darin, dass man ausserhalb dieses Parlamentsaaes sehr kritisch

mit den Institutionen im Kulturbereich umspringt. Und auch, mit der Art und Weise, wie wir Oltnen Politikerinnen und Politiker in der Vergangenheit in dieser Thematik unterwegs waren. Fragen wie: «Sind Öffnungszeiten werktags von 10 – 17 Uhr wirklich gerechtfertigt?» Sie sind zugegebenermassen lang. Aber wer – ich sage mal – zu normalen Arbeitszeiten arbeitet, kann den Museumsbesuch trotzdem nicht vornehmen. Sind überhaupt Prioritäten bei der Annahme von Schenkungen oder Sammlungen erkennbar oder weist man einfach darauf hin, dass es gar viel ist, die es zu bearbeiten gibt, ohne jedoch zu wissen, ob es den Wert hat oder nicht? Ist denn die Klimatisierung, und der Hitzesommer ist in den Zahlen in der Vorstossantwort noch nicht einmal abgebildet, ist diese Klimatisierung in jedem Raum vom Haus der Museen wirklich nötig? Das sind Fragen, die man sich draussen in der Stadt stellt. Und von dieser Kritik möchte ich auch unser Parlament nicht ausnehmen. Sind es doch wir, die Jahr für Jahr das Budget genehmigen und bei dem wir in den letzten Jahren unkritisch hingeschaut haben, was die Kostenentwicklung angeht. Die FDP unterstützt daher den Auftrag von Matthias Borner. Aber nicht zum Sparen, nein, sondern um die Glaubwürdigkeit in der Kultur und dem Umgang der Oltnen Politik mit kulturellen Themen wieder zurückzugewinnen. Ein guter Nebeneffekt: Wir haben einen Vorstoss vom Kollegen Daniel Kissling traktandiert, der heute jedoch nicht mehr zum Zuge kommen wird. Aber genau für solche Anliegen, wie sie Daniel Kissling schildert, würde dann nämlich Geld frei, wenn wir dem Auftrag Borner zustimmten. Die Stadt Olten gibt im Vergleich mit anderen Schweizer Städten einen weit überproportionalen Anteil ihres Kulturbudgets für institutionelle Kultur aus. Das ist aus Sicht der FDP nicht der Weg der Zukunft. Daher unterstützen wir Matthias Borners Auftrag.

Denise Spirig (SP): Ich möchte gerne Thomas Kellerhals etwas entgegenen. Die Fraktion Mitte/EVP/glp hat ja das Problem mit der Glaubwürdigkeit des Stadtrates, da die Kosten – wenn ich dich richtig zitiere – immer höher wären als vorausgesagt. Ich möchte dazu einfach sagen, dass dies schlichtweg nicht richtig ist. Gerade wenn man das Budget und die Rechnung vergleicht, ist das absolut nicht so. Das Budget ist immer höher als die tatsächliche Rechnung. Zumindest war dies in den letzten Jahren der Fall. Und dies auch bei Investitionen und solchen Geschichten. Also, vom dem her finde ich es ein bisschen schade. Das ist wahrscheinlich eure subjektive Wahrnehmung, aber es ist mit Sicherheit kein Fakt.

Matthias Borner (SVP): Erstens möchte ich festhalten, dass es nun ziemlich weit gekommen ist, dass ich jetzt als radikal gelte, nur weil ich darauf poche, den Volkswillen umzusetzen, wie es versprochen wurde. Da bin ich gerne ein Radikaler. Und auch historisch gesehen, es war 1848, als die Radikalen bei den Freisinnigen dabei waren. Folgerichtig folgen sie auch dem Auftrag dieses Radikalen. Das zweite zur Sprecherin der SP/JSP. Das fand ich schon noch interessant. Du hast aufgezählt, wie andere Museen das finanzieren und dabei gesagt, 45% kommt von Privaten. Ich habe diese Rechnung nicht gemacht, aber macht das Olten auch? Das eine ist, du sagst, man sieht, die Gemeinde ist der Hauptteil. Aber machen sie auch die Hausaufgaben bei den Privaten. Denn wenn ihr die Rechnung von beispielsweise Grenchen anschaut, die haben dort Mäzenen und so, die das finanzieren. Dadurch wird das Gemeindebudget nicht wahnsinnig belastet. Ich weiss nicht, vielleicht hat Olten nicht dieselben Möglichkeiten wie Grenchen. Aber vielleicht sollte man sich da auch ein bisschen mehr bemühen. Und wenn man die Öffnungszeiten erhöhen will, müsste man vielleicht schauen, dass man von privater Seite irgendwie mehr Geld reinbekommen kann. Ich möchte noch einmal betonen und vielleicht könnt ihr euch doch einen Ruckgeben: Eine Kostensteigerung von 14%! Die Leute draussen verdienen nicht alle 14% mehr. Und wir können die Steuern auch nicht um 14% erhöhen, auch wenn dies der eine oder andere eine gute Idee fände. Aber das wird draussen nicht akzeptiert. Und darum müssen wir hier einfach mal die Bremse ziehen und sagen, das ist das Geld, das ihr zur Verfügung habt, macht das Beste daraus.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Du hast Grenchen erwähnt. Du erlaubst, dass ich auch einen Benchmark mache. Ich mache ihn nun mit der Stadt Solothurn. Wenn man die Nettokosten von Solothurn anschaut, waren es beim Naturmuseum CHF 970'000 im Jahr 2020. Beim Historischen Museum Blumenstein, mit einer riesigen Ausstrahlung, die alle kennen und bestimmt schon besucht haben, sind es CHF 700'000. Und beim Kunstmuseum Solothurn sind es CHF

1.6 Mio. Die Nettokosten bei der Stadt Solothurner Museen liegen also bei CHF 3.3 Mio. Unsere sind darunter. Man konnte es lesen: Lange Zeit bei CHF 2 Mio, nun waren wir höher, das ist richtig. Also, ich glaube, da sind wir absolut im «Hick», wenn man den Vergleich macht mit der Stadt Solothurn. Jenen von Grenchen kenne ich nicht. Gerade wenn man den Fokus aufs Kunstmuseum richtet. Sie sind natürlich auch jene, die am meisten Drittbeiträge reinholen. Ich meine, es ist kein Geheimnis, dass eine Viertelmillion Franken über Jahre von Dritten, von Sponsoren, von Unterstützenden gekommen ist. Und das ist ein sehr wesentlicher Bestandteil diese Budgets oder hat geholfen die Nettokosten zu reduzieren. Es gibt auch Dritte, die Beiträge an Stellenprozente leisten. Es gibt die «Freunde Kunstmuseum Olten», die immer wieder Ankäufe tätigen und uns schenken. Es gab nun auch Bemühungen einen Teil der Sammlung der Migros Aare zu übernehmen, wovon Olten auch profitiert hat. Und damit auch sehr günstig fährt und für Ankäufe eigentlich praktisch kein Geld ausgeben muss. Und dies ist auch den Bemühungen des Kunstmuseums und seiner Leitung geschuldet. Das schätzen wir sehr. Ich glaube, man hat es auch im Vorfeld der Abstimmung gesehen, dass die Möglichkeit, zu Mitteln zu kommen, genutzt wird. Dass sie intensiv genutzt wird. Das braucht auch ein bisschen Beziehungsmanagement, das ist natürlich so. Aber gerade das Kunstmuseum ist, was die Generierung von Drittmitteln angeht, mustergültig. Das muss man sagen. Ja, vielleicht ist die «Eiszeit» etwas schwieriger zu verkaufen, das mag sein. Aber beim Kunstteil sind Drittmittel sehr stark vorhanden. Dazu kommen auch Gelder vom Swisslos-Fonds, welche ungefähr die Hälfte von jeder Ausstellung finanzieren. Das wird abgeholt, das wird eingezogen. Und das hat einen grossen Nutzen in Form attraktiver Ausstellungen, die man in diesem Haus in allen drei Sektionen sieht. Und der Kredit, er wurde in den letzten Tagen abgerechnet, war eine ziemliche Punktlandung. Ich glaube, sogar etwas darunter, als was man prognostiziert hat. Also auch dort ist man eigentlich auf Kurs. Man ja bei der Volkabstimmung über den Investitionskredit abgestimmt. Das hat man ja eingehalten. Du sprichst über das Budget und als Chef der FIKO weisst du ja, dass Investitionen nicht das gleiche sind wie die laufende Rechnung.

Philippe Ruf (SVP): Geschätzter Thomas, geschätzter Stadtrat, ihr müsst euch den Ablauf bewusst sein, den das wieder hervorruft. Ich habe es in der letzten Debatte angesprochen, wie ihr euch mit diesem Verhalten weiter von uns distanziert. Wenn ihr in einer Vorlage sagt, es kostet CHF 1.6 Mio und danach wird's teurer, dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Das kann passieren. Aber wenn danach verlangt wird, dass ihr auf euer Versprechen zurückkommt und ihr darauf in diesem Bewusstsein sagt, nein, ihr wärt nicht bereit auf euer ursprüngliches Versprechen zurückzukommen, müsst ihr verstehen, dass ihr dadurch das Vertrauen immer wie weiter begrabt. Es ist mir ein Anliegen darauf hinzuweisen, weil ich die Zusammenarbeit mit euch eigentlich gerne weiterführen möchte. Aber ihr versteht, dass genau dieses Verhalten für uns sehr schwierig nachvollziehbar ist und es dann auch entsprechend schwierig ist, euch künftig irgendwo wieder das Vertrauen zu geben, wenn ihr immer wieder so agiert. Denn das ist kein Fehler, der bei den Kosten passiert ist, sondern ihr korrigiert es bewusst nicht. Und das finde ich höchst problematisch. Damit habe ich Mühe. Dies als persönliches Feedback.

Thomas Fürst (FDP): Meines Erachtens geht es hier um zwei Punkte. Der erste Punkt ist die Glaubwürdigkeit. Darüber wurde bereits viel gesagt, aber er erscheint mir tatsächlich wichtig. Und der zweite, nicht weniger wichtige Punkt, scheint mir die Führungsverantwortung zu sein. Höhere Kosten lassen sich **immer** erklären. Aber nur weil etwas erklärbar ist, ist es eben noch lange nicht einfach unbesehen zu akzeptieren. Ich lasse es einfach nicht gelten, dass man derart simpel und direkt Mehrausgaben mit einer höheren Attraktivität gleichsetzt. Nicht jede Mehrleistung ist auch sinnvoll und notwendig. Und hier erwarte ich einfach mehr Führungsstärke vom Stadtrat und von den in diesem Bereich Angestellten, dass sie einen Weg finden, mit einem gegebenen Budget ein attraktives Angebot bereitzustellen. Und nicht einfach mit Leitungsabbau zu drohen, wenn man nicht alles abnickt. Wenn wir unbeschränkte Ressourcen hätten, dann würden wir nicht hier sitzen, sondern könnten alles finanzieren, das wünschenswert ist. Aber das haben wir nicht. Und diesem Sinn fordere ich insbesondere auch die Mitte-Fraktion auf, hier noch einmal über die Bücher zu gehen, sich einen Ruck zu geben und auch mal Farbe zu bekennen.

Beschluss

Mit 17 : 12 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 25

Überparteilicher Auftrag Yael Schindler (GO) und Mitunterzeichnende betr. Ortsbildschutz und Klimaschutz vereinbaren/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzungen vom 24. / 25. November 2021 wurde von der Fraktion Grüne ein überparteilicher Auftrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, wie der Zielkonflikt zwischen Ortsbildschutz und Klimaschutz entschärft werden kann und wie bei der Interessenabwägung innerhalb des übergeordneten rechtlichen Rahmens dem Klimaschutz mehr Gewicht gegeben werden kann. Fachpersonen aus den Bereichen Energie-, Architektur- sowie Denkmalpflege sollen möglichst gemeinsam das Bewilligungsverfahren optimieren, klare Vorgaben definieren und Grundlagen und Hilfsmittel zur Umsetzung erarbeiten und dabei die Anliegen des Klimaschutzes stärker gewichten. Dabei soll insbesondere klar festgelegt werden, welche Vorgaben in welchen Zonen gelten (Heimatschutz, Ortsbildschutz, ISOS A-Gebiete), um die Planung der energetischen Sanierung für Gebäudebesitzer*innen zu vereinfachen und transparent zu gestalten.

Begründung

Die Klimastrategie des Bundes sieht vor, dass der Gebäudepark bis 2050 keine Treibhausgasemissionen mehr verursacht. Heute ist dieser für rund 25 % des totalen CO₂-Ausstosses verantwortlich.² Um das Netto-Null Ziel zu erreichen, muss folglich die Wärmeversorgung durch emissionsfreie Alternativen ersetzt werden und zukünftige Sanierungen wie auch Neubauten müssen im Vergleich zu heute nochmals spürbar effizienter werden. Ältere Häuser verbrauchen durch die hohen Wärmeverluste ca. 4 - 5-mal mehr Energie als neuere Häuser.³

Ungefähr ein Drittel aller Gebäude der Stadt Olten stehen unter Denkmalschutz, liegen in einer erhaltenswerten Siedlungseinheit⁴ oder werden im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) als erhaltenswert (= «Erhaltung der Substanz», ISOS A) aufgeführt.⁵

Aufgrund des hohen Anteils an ISOS-A-inventarisierten Gebäuden, kann Olten das Netto-Null Ziel im Gebäudebereich unmöglich erreichen. Dies ist nur möglich, wenn auch im ISOS A Inventar aufgeführte Gebäude gedämmt werden dürfen. Generell kann eine Gebäude-dämmung von innen, durch eine Kerndämmung oder durch eine Fassadendämmung von aussen erreicht werden. Die Fassadendämmung von aussen ist dabei mit Abstand die energetisch und bauphysikalisch sinnvollste und kostengünstigste Variante. Momentan lehnt die Altstadtkommission Bewilligungen für Fassadendämmung von aussen in den erhaltenswerten Siedlungseinheiten ab. Dies auch dann, wenn das äussere Erscheinungsbild wieder originalgetreu rekonstruiert werden würde. Begründet wird diese Ablehnung mit dem Verweis auf das ISOS A Bundesinventar.⁶

Auch für Solaranlagen auf Dächern von erhaltenswerten Siedlungseinheiten gelten sehr hohe ästhetische Ansprüche⁷, wobei die Vorgaben nicht klar definiert sind und sich nur aus Antworten auf Baugesuchen zusammentragen lassen. Dies verhindert eine effiziente Planung und – auf Grunde der Auflagen – vielerorts eine ökonomisch sinnvolle Anlagenfläche.

Für beide energetischen Massnahmen sind Lösungen gefragt, die Denkmal- bzw. Ortsbildschutz und Klimaschutz zusammen bringen.»

- ¹ Dieser Auftrag lehnt sich stark an die Massnahme Nr. U04 der Klima- und Energiestrategie der Stadt Luzern an. Bei Annahme des Auftrages empfiehlt es sich allenfalls, mit der Stadt Luzern gemeinsam Lösungen zu suchen, um Ressourcen zu sparen.
- ² BAFU 2021: Kenngrössen zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz 1990-2019
- ³ Energieverbrauch von Gebäuden, <https://energie.ch/heizenergieverbrauch/>
- ⁴ Zonenreglement Olten, 2013; Web GIS, Kt. SO, [Web GIS Client Kanton Solothurn](#)
- ⁵ ISOS Ortsbilder Olten: https://gisos.bak.admin.ch/ob/3189/doc/ISOS_3189.pdf
- ⁶ Auszug aus Antwortschreiben aus eingereichtem Baugesuch von 2020: „Mit dem Ersatz des gesamten Ausenputzes geht ein bedeutender Teil der historischen Substanz unwiderruflich verloren. Zudem ist auch das Umsetzen der optischen Erscheinung einer genau gleichen Oberflächenstruktur mit den heutigen Baumethoden nicht möglich. Mit dem Ersatz des gesamten Verputzes wird somit ein wesentlicher Teil der baulichen Substanz geopfert. Damit wird auch dem Substanzerhalt gemäss den Vorgaben des ISOS, wie auch die Anforderungen des Zonenreglements nicht genügend Folge geleistet.“
- ⁷ Bspw. 2 Ziegelreihen Abstand zu allen Dachrändern; nur integrierte und keine aufgesetzten Anlagen; ausschliesslich kompakte, viereckige Formen ohne Aussparung wie Dachfenster oder Kamine, keine L-Form etc.

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Gemäss dem Organisationsreglement der Stadt Olten (Art. 59) sowie dem Zonen- und Schutzreglement ist die Bewilligung von Baugesuchen Sache von Baukommission und Altstadtkommission. Die Direktion Bau bereitet die Geschäfte vor und ist für den organisatorischen Ablauf wie auch die öffentliche Auflage verantwortlich.

Für die Altstadtzone, Schutzzone und die erhaltenswerten Kulturobjekte, zu denen auch die Siedlungseinheiten dazugehören, ist die – politisch gewählte – Altstadtkommission zuständig. Diese handelt auch im Namen des Kantons gemäss der Kulturdenkmäler-Verordnung (SR 436.11, insb. § 6 und 17). Würde diese Kommission nicht bestehen, müssten sämtliche Baugesuche in diesen Bereichen, bzw. Objekte der kantonalen Denkmalpflege zur Zustimmung eingereicht werden. Mit dem eigenständigen Handeln dieser Kommission ist somit bereits eine föderalistische Handlungsweise garantiert, bei welcher die ortsbaulichen Begebenheiten auch von ortskundigen und in der Stadt ansässigen Personen umgesetzt werden. Als ständiges und beratendes Mitglied dieser Kommission nimmt der kantonale Denkmalpfleger an den Sitzungen teil.

Die Stadt Olten weist im ganzen Baugebiet insgesamt 3402 Gebäude auf. Davon sind 1332 Gebäude im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) mit dem Erhaltungsziel A gekennzeichnet. Davon sind lediglich 221 Bauten in den im Jahre 2010 vom Regierungsrat genehmigten Zonenplan als Bauten in den Siedlungseinheiten eingetragen; dies entspricht 6% der Bauten auf dem Stadtgebiet und 17% der Bauten der ISOS-A-Gebiete. Mit den Schutzempfehlungen des ISOS wird sich jedoch die Stadt bei der nächsten Zonenplanrevision im Sinne von Interessensabwägungen, welche gemäss dem Räumlichen Leitbild auch die qualitätsvolle Innenentwicklung, den Klimaschutz und weitere Anforderungen thematisiert, auseinandersetzen.

Bei Umbauten in den Siedlungseinheiten hat sich im letzten Jahrzehnt, seit der Rechtskraft des Zonenreglementes, in einigen Fällen gezeigt, dass nicht alle gewünschten baulichen Massnahmen von Bauwilligen auch umgesetzt werden konnten. Insbesondere bei den Wärmedämmungen und Solaranlagen sind Lösungen zu suchen, welche in einem guten Verhältnis zum Schutzgedanken stehen.

Der grösste Teil der Bauten in der Stadt Olten unterliegt nur wenigen ortsbildbaulichen Beschränkungen bei der energetischen Sanierung. Der Stadtrat und die verantwortlichen Kommissionen werden sich im Rahmen der Nutzungsplanung mit der Abstimmung von Ortsbild und Klimaschutz intensiv auseinanderzusetzen, gilt es doch in dieser nächsten Phase der Ortsplanung die geltenden Rechtsnormen zu überprüfen. Die Ergebnisse fliessen in die Überarbeitung der Reglemente auf Parlamentsebene ein. Dieser Prozess beinhaltet auch den Einbezug der Bevölkerung und spezifischer Interessengruppen (angemessene Mitwirkung und Öffentliche Auflage).

Der Stadtrat ist gerne bereit, im Rahmen der bereits angestossenen Prozesse im Rahmen der Ortsplanrevision mit dem neuen räumlichen Leitbild und den zu erarbeitenden Reglementen zu prüfen, inwiefern der Klimaschutz und der Ortsbildschutz besser vereinbart werden können, und empfiehlt daher dem Gemeindeparlament, den Auftrag erheblich zu erklären.

- - - -

Yael Schindler Wildhaber, Auftraggeberin: Die GO/JGO bedanken sich beim Stadtrat für die positive Antwort. Wir freuen uns, dass er sich diesem Thema annehmen möchte und hoffen, dass sich am jetzigen Zustand auch wirklich etwas ändert. Denn das halten wir für dringend nötig. Der Schutzstatus betrifft natürlich nicht nur die vom Stadtrat in seiner Antwort aufgeführten 221 Bauten in den Siedlungseinheiten, sondern auch alle Gebäude in der Altstadt und in der Schutzzone S. Das sind ungefähr 350 Gebäude. Oder etwas 10% aller Gebäude in Olten. Zudem gelten auch für Gebäude im ISOS A-Gebiet, das ist wie im Auftrag beschrieben etwa ein Drittel aller Gebäude in Olten, erhöhte Anforderungen bei Sanierungen. Ein Hausbesitzer aus dem ISOS A-Gebiet hat mir beispielsweise kürzlich erzählt, dass er im Rahmen einer Dachsanierung Photovoltaik aufs Dach setzen wollte. Die ästhetischen Vorgaben der Stadtverwaltung waren jedoch so hoch, dass für in das Kosten-/Nutzenverhältnis für ihn nicht mehr gegeben war, und er schlussendlich auf die Photovoltaikanlage verzichtet hat. Für die erwähnten 350 Gebäuden in den Siedlungseinheiten und in der Altstadt, oder eben 10% aller Oltner Gebäude, gelten zusätzlich noch weiterreichende Einschränkungen. Die aktuell erlaubte Dicke, wie beispielsweise bei Dachdämmungen, reicht oft um wenige Centimeter nicht, um Subventionen vom Kanton zu erhalten. Trotz Nachfragen bei der Baukommission ist diese jeweils hart geblieben und es muss ohne Subventionen saniert werden. Eine Aussendämmung der Wände ist zudem weitgehend untersagt. Das hat beachtliche Konsequenzen. Ein durchschnittliches, älteres Haus mit sanierten Fenstern und Dach verbraucht immer noch ca. 2500 Liter Öl pro Jahr. Und das ist Vier- bis Fünffmal mehr als ein zeitgemäss saniertes Gebäude. Für Olten wird es daher mit der jetzigen Haltung unmöglich sein, dass sein Gebäudepark bis 2050 keine Treibhausgasemissionen mehr verursacht. Solange gesagt wird, dass der 100-jährige Verputz alter Häuser erhaltenswert ist, und daher Aussendämmung nicht möglich ist, kommen wir einfach nicht weiter. Da möchte ich auch noch anmerken, dass eine Aussendämmung heute nicht mehr aus 40 cm dicken Styroporschichten besteht. Bereits mit 1 cm dicker Standarddämmung kann eine Halbierung des Energieverlustes erreicht werden. Und mit 9 cm erreicht man die erforderlichen Grenzwerte, damit der Umbau vom Kanton subventioniert wird. Es gibt diverse Beispiele von vorbildlich gedämmten Gebäuden, bei denen selbst Experten von Herstellern auch auf den zweiten Blick keinen Unterschied mehr bemerken. Dazu kommt natürlich auch der finanzielle Aspekt für Besitzerinnen und Besitzer dieser Gebäude. Es ist uns allen bekannt, dass die Energiepreise zurzeit durch die Decke gehen. Und für unsanierte Häuser wird das richtig teuer werden. Damit die Besitzerinnen und Besitzer in Zukunft wissen, worauf sie sich einlassen müssen, sind klare Vorgaben, was, wo erlaubt ist, wichtig und zwingend nötig. Und das ist heute nicht der Fall. Es wird in der Antwort vom Stadtrat aufgezeigt,

dass die Altstadtkommission für die Bewilligung von Sanierungsmassnahmen für die erwähnten 10% der Oltnen Gebäuden zuständig ist. Und wie ihr alle wisst, ist diese Kommission politisch zusammengesetzt. Die wählerstärksten Parteien können die Mitglieder selber bestimmen. Ein Fachwissen ist nicht nötig. Es liegt mir ferne zu behaupten, dass diese Kommissionen nach besten Wissen und Gewissen arbeiten, aber es fehlt ganz klar an Energieexperten-Wissen. Aktuell steht der Heimatschutz, und damit der Erhalt der Substanz, über allem. Und das muss sich unserer Meinung nach ändern. Auch andere Städte haben dies mittlerweile erkannt. So schreibt das Berner Klimareglement beispielsweise vor, dass Klimaschutzmassnahmen gegenüber den Interessen der Denkmalpflege Vorrang haben müssen. Es muss auch uns in Olten endlich bewusstwerden, dass wir mitten in der Klimakrise sind und dass es von Jahr zu Jahr schlimmer werden wird. Wir müssen nun alles in unserer Macht Stehende machen, um dagegen anzukämpfen. Und darum muss dies auch die Altstadtkommission anerkennen und daher dem Klimaschutz mehr Gewicht geben.

Stadträtin Marion Rauber: Auch der Stadtrat ist sich natürlich des aktuellen Themas bewusst, dass sich Ortsbildschutz und energetische Massnahmen manchmal im Wege stehen können. Eine optimale Vereinbarkeit der beiden Anliegen sollte eigentlich das Ziel sein. Man muss sich eingestehen, dass es manchmal nicht möglich ist, die Zukunft ausschliesslich auf der Geschichte und auf der Vergangenheit aufzubauen. Manchmal ist es notwendig achtsam neue Wege zu beschreiten, wie es meine Vorrednerin auch ausgeführt hat. Es gibt Veränderungen, wie die aktuelle klimatische Notlage, bei denen es erforderlich ist, über die Bücher zu gehen und Abwägungen zu treffen. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Aus diesem Grund wird aktuell dieses wichtige Thema im Rahmen der Nutzungsplanung in der Phase II der Ortsplanungsrevision, wo wir uns befinden, auch intensiv behandelt. Die Ergebnisse und die neuen Reglemente werden dann hier auf Parlamentsebene wieder einfliessen. Wir stimmen dem Anliegen dieses parlamentarischen Vorstosses vollumfänglich zu. Die Prozesse sind bereits angestossen und entsprechend kann das Parlament diesen Auftrag auch gerne als erheblich erklären.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: In einem WOZ-Artikel zu Thema: «Wie geht bauen für Netto-Null?» wurde erwähnt, dass 1% der Schweizer Gebäude jährlich saniert werden. Und mindestens das Dreifache wäre nötig fürs Szenario «Null bis 2050». Sanierungsmöglichkeiten sollten also möglichst niederschwellig ausgestaltet sein. Dabei kann es vorkommen, dass ein sanierungsbedürftiges Gebäude unter Denkmalschutz steht und beispielsweise die Fassade nicht gedämmt werden kann. Und in Olten machen solche Gebäude etwa einen Drittel aus. Das betrifft unter anderem das Naturmuseum oder das Hübeli-Schulhaus, aber auch einige Wohnhäuser im Krummackerweg. Bauliche Veränderungen an solchen Gebäuden sind also nur unter bestimmten Bedingungen und erschwert möglich. Alte und sanierungsbedürftige Gebäude verbrauchen immens viel Energie. Um beispielsweise im Winter das Gebäude bewohnbar zu halten. Es muss also eine Interessenabwägung zwischen dem öffentlichen Interesse nach Reduktion vom Energieverbrauch und dem Erhalt von Baukultur vorgenommen werden. Und hierbei muss klar betont werden, dass sich Klimaschutz und Ortsbildschutz in den meisten Fällen sehr gut vereinbaren lassen. Beim einem Sanierungsprojekt beispielsweise muss die Denkmalpflege bereits zu Beginn mitberücksichtigt werden, damit die baukulturellen Werte nicht verlorengehen. Bis solchen Sanierungen kann zusätzlich die ursprüngliche Ästhetik vom Gebäude erhalten oder sogar rekonstruiert werden. Auch zusätzliche Dämmungen können den gewollten Sanierungseffekt erzielen. Zum Beispiel durch Einsatz von besseren Fenstern oder Erhöhung der Dammstärke bei Dach oder Boden. Wie ihr also seht, gibt es heute sehr viele Möglichkeiten, diese beiden Interessen zu vereinbaren. Und auch das Thema der Sonnenkollektoren wird heute intensiv diskutiert und erfährt auch eine innovative Entwicklung. Wobei diese Entwicklung noch in den Kinderschuhen steht. Zum Beispiel gibt es bereits heute Anlagen, die aussehen wie Dachziegel und somit eher mit dem Ortsbildschutz zu vereinbaren sind. Und solche Anlagen sind erst der Anfang. Wer weiss, was bereits in fünf Jahren möglich ist? In Anbetracht dieser verschiedenen Sanierungsmöglichkeiten und der stetigen Weiterentwicklung kann und muss dem Klimaschutz ein höheres Gewicht zugesprochen werden. Auch im Hinblick auf den Nett-Null-Ziel, welches die Stadt Olten in näher Zukunft erreichen will. Und das heisst nicht, dass der Ortsbildschutz gar keine Bedeutung mehr hat, sondern das Ziel

sollte sein, mehr Handlungsspielraum zu erhalten, wenn sich Orts- und Klimaschutz widersprechen. Und in diesem Sinne ist es begrüssenswert, dass der Stadtrat dieses Thema im Rahmen der Ortsplanrevision bereits angegangen hat, weil das frühzeitige Einbeziehen und Prüfen von Möglichkeiten ein wichtiger Schritt ist, damit auch in Zukunft energieverbrauchende Gebäude effizient und ohne grossen Aufwand saniert werden können. Es soll nämlich nicht nur um die Fragen gehen, **ob** Veränderungen an Gebäuden erfolgen können, sondern auch wie. In diesem Sinn begrüsst unsere Fraktion diesen Auftrag einstimmig.

Thomas Fürst, Fraktion FDP: Die Fraktion der FDP unterstützt den Vorstoss von Yael Schindler. Im Sinn der Interpretation des Stadtrates, wonach im Rahmen der Ortsplanrevision mit dem neuen räumlichen Leitbild und der ausgearbeiteten Reglemente geprüft wird, inwiefern der Klimaschutz und der Ortsbildschutz besser vereinbart werden können. Die FDP ist sich bewusst, dass der diesbezügliche Spielraum auf kommunaler Ebene eher beschränkt ist. Wir begrüssen aber die Absicht, dass womöglich die betroffenen Hauseigentümer/innen mehr Flexibilität und Freiheit in Bezug auf die gewünschten baulichen Massnahmen erhalten sollen. Wohl verstanden: Nicht im Sinn einer Verpflichtung, sondern im Sinne, dass den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern bei beabsichtigten energetischen Massnahmen keine unverhältnismässigen rechtlichen Restriktionen im Weg stehen. In dem Sinn wird die Fraktion den Auftrag grossmehrheitlich als erheblich erklären.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/EVP/glp: Wir danken Yael Schindler fürs Verfassen dieses Prüfauftrages und stehen als Fraktion einstimmig dahinter. Wir finden die vorgeschlagenen Massnahmen sinnvoll, um für zwei wichtige Themen bessere Lösungen zu finden: Der Ortsbildschutz, aber auch der Klimaschutz finden zu können. Und das eine gegen das andere auszuspielen, dass es eben trotzdem, wie sie betont hat, mit dem Ortsbildschutz weiterhin achtsam sein soll. Aber nicht so, dass es klimatisch bessere Lösungen, die nötig sind, verhindert.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Ich mache es kürzer. Ich bin auch keine Baufachfrau. Besten Dank für die Beantwortung durch den Stadtrat und besten Dank an Yael fürs Einreichen. Unsere Fraktion schliesst sich der Empfehlung des Stadtrates an und wird für erheblich stimmen. An und für sich sollte es in der heutigen Zeit wirklich kein Zielkonflikt mehr sein. Auch geschützte Gebäude sollten sich energetisch sanieren lassen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Wenn die Welt untergeht, dann bringen schöne Häuser nur beschränkt etwas. Und von daher finden wir, dass dieser Vorstoss voll in die richtige Richtung geht. Allenfalls sogar noch zu wenig. Aber wir sind hier voll dafür. Danke für den Vorstoss.

Stadträtin Marion Rauber: Ich habe es zuvor in meinem Votum vergessen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich euch noch Daniel Lehmann vorstellen, der hinten im Saal sitzt. Er ist unser neuer Leiter der Fachstelle Energie, Klima und Umwelt. Für jene, die ihn noch nicht kennen: Er hat am 1. Juli 2022 bei uns angefangen und hat sich schon voll in das Thema reingekniet.

Beschluss

Mit 32 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 15. Dezember 2022

Prot.-Nr. 26

Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (Olten jetzt!) und MU betr. Schaffung Migrationsbeirat (MBR)/Beantwortung

An der Parlamentssitzung vom 27./28. Januar 2022 haben Tobias Oetiker (Olten jetzt!) und MU folgenden Vorstoss eingereicht:

«Wir laden den Stadtrat ein, die Schaffung eines Migrationsbeirates (MBR) zu prüfen. Der MBR würde den Stadtrat bei Fragen zu Integration, zum Zusammenleben der Kulturen und zu den Bedürfnissen der ausländischen Wohnbevölkerung beraten.

Begründung

In Olten bilden Ausländerinnen und Ausländer einen Drittel der Bevölkerung. Auch sie engagieren sich im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich und tragen so zu einem guten Stadtleben bei.

Mit der Massnahme III-E aus dem [Regierungsprogramm](#) plante der Stadtrat die Einführung des Ausländer:innen-Stimmrechts auf kommunaler Ebene. Durch die Ablehnung der Initiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie betreffend Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene» im Herbst 2021 ist die Umsetzung dieser Massnahme jedoch in weite Ferne gerückt.

Der Beirat bietet eine gute Möglichkeit, engagierte Personen ohne Schweizerpass in den politischen Prozess der Stadt zu integrieren. Der MBR würde sich als politische Vertretung der ausländischen Wohnbevölkerung verstehen, mit dem Ziel, ein gutes Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen zu fördern.

Natürlich gibt es auch Menschen mit Schweizerpass, die von den Themen, die der MBR bearbeiten wird, tangiert werden. Für sie bestehen jedoch bezüglich politischer Beteiligung keine rechtlichen Schranken.

In der Stadt Zürich ist ein Ausländerinnen- und Ausländerbeirat¹ seit 2004 erfolgreich im Einsatz.»

* * *

Stadtpäsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

In der Tat setzte sich der Stadtrat von Olten in seinem Regierungsprogramm 2021-25 das Ziel, die Mitsprache der ausländischen Wohnbevölkerung, die zurzeit rund 29,3% ausmacht, zu verbessern. Umsetzen wollte er dies mit der Einführung des Ausländer/innen-Stimmrechts, was nun aber durch das Scheitern einer Volksinitiative auf kantonaler Ebene verunmöglicht ist. Als Alternative hatte der Stadtrat vorsorglich festgelegt, dass auch andere Formen (z.B. Arbeitsgruppen) geprüft werden könnten. Er ist sich durchaus bewusst, dass es sich dabei nur um die zweitbeste Lösung handelt, werden doch mit einem solchen Gremium vor allem bereits gut integrierte und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügende Personen sowie Auslän-

¹ <https://stadt-zuerich.ch/auslaenderbeirat>

der/innen-Organisationen, denen nicht die vollständige ausländische Wohnbevölkerung angehört, erfasst und kann diese somit nicht als Ganze abgeholt werden. Andererseits gibt ein solcher Beirat die Chance, die bereits in einem lockeren Rhythmus von der Stadt organisierten Treffen mit Vertretungen aus Migrationsorganisationen zu verstetigen.

In diesem Sinne begrüsst der Stadtrat den Ansatz eines Migrationsbeirats als beratendes Organ der Exekutive, dessen Ausgestaltung, Aufgaben und Sitzungstätigkeit nach einer Erheblicherklärung des Vorstosses erarbeitet und vom Stadtrat genehmigt werden sollen. Er empfiehlt daher dem Gemeindeparlament, den Auftrag erheblich zu erklären.

- - - -

Seu-Jhing Tang, Auftraggeber: Wenn man das Gefühl hat, man wird nicht gehört, oder nur schon nicht gesehen oder verstanden, ist das unglaublich frustrierend. Ich kann sagen, ich mache noch jetzt die Erfahrung, und wünsche dies wirklich niemandem. Wenn man hingegen eingebunden wird, erzeugt das wieder ein sehr nachhaltiges Gefühl einer Wertschätzung und fördert dann auch die Partizipation sowie auch Integration. Und das hat ein Mehrwert für die Stadt, weil dies ein friedliches Zusammenleben begünstigt. Darum ist der Migrationsbeirat ein erster wichtiger Schritt, um alle Betroffenen und auch Mitwirkungswilligen in Olten, einen Ort zu geben, wo ihre Stimme auch gehört werden kann. Umso mehr freut es uns sehr, dass der Stadtrat diesen Prüfauftrag zur Schaffung eines Migrationsbeirates positiv beantwortet hat. Dieser Migrationsbeirat – und es ist eben keine Kommission, sondern ein Beirat/Gremium – soll den Stadtrat in allen Fragen im Zusammenhang mit den Anliegen der ausländischen Wohnbevölkerung beraten. Das fördert dann natürlich auch das Vertrauen in die Politik und motiviert dann auch zu mehr Engagement. Aus diesem Grund werden wir von OJ den Auftrag ganz klar einstimmig für erheblich erklären.

Simea Fürst, Fraktion SP/JSP: Ich mache es ganz kurz: Bei uns hat es schlussendlich zu diesem Thema auch keine heftigen Kontroversen gegeben. Die Fraktion SP/JSP ist selbstverständlich dafür diesen Vorstoss als erheblich zu erklären. Und das kommt auch nicht überraschend, weil die JSP hat bereits bei der damaligen Initiative mit dem Komitee «Ja zu mehr Demokratie in den Gemeinden» stark für die Erweiterung des Einflusses und der Mitwirkung von der ausländischen Bevölkerung gekämpft. Uns ist aber wichtig, dass man nach wie vor das Ziel verfolgen schlussendlich tatsächliche Gleichberechtigung zu schaffen. Wie in der Beantwortung selbst steht, ist dies nur die zweitbeste Lösung und das finden wir auch. Wir sind froh, sieht dies der Stadtrat selber ein und hoffen auf weitere progressive Schritte.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Die Mehrheit der FDP lehnt diesen Antrag ab. Zur Begründung: Wir sind nicht dagegen, dass auch die Meinung der ausländischen Wohnbevölkerung mitberücksichtigt wird. Das ist aber auch schon heute möglich, ohne dass extra ein Beirat geschaffen werden muss. So steht es dem Stadtrat jederzeit frei bei den diversen Migrationsorganisationen nachzufragen. Und so organisierte Treffen mit den Vertretern werden ja bereits durchgeführt. Wir sehen aber noch ein weiteres Problem. Und unser Stadtpräsident stellt es auch selber fest bei der Beantwortung dieses Vorstosses. Er sagt, es wäre nur die zweitbeste Lösung, da bei einem solchen Gremium vor allem gut integrierte Ausländer, die unsere Sprache beherrschen, erfasst werden. Uns stellt sich dann die Frage, wie repräsentativ eine solcher Beirat dann ist. Hat eine gute integrierte Person, die schon lange hier lebt, die gleichen Interessen, wie eine junge Mutter, die frisch nach Olten gezogen ist? Wie sieht es aus mit den ganz unterschiedlichen Herkunft und Kulturen? Wie stellt man sicher, dass ein guter Mix vorhanden ist? Wieso lässt sich eine gut integrierte Person, welche die Sprache beherrscht, nicht einfach einbürgern? Zum Schluss muss man sich auch bewusst sein, dass so ein Beirat auch ein Stück weit verpflichtet. Wenn man schon einen macht, sollte man konsequenterweise auch Sachen umsetzen, die vom Beirat angesprochen werden. Da kommen wir zum nächsten Problem: Die Stimmbevölkerung hat klar gegen das Ausländerstimmrecht entschieden. Die Schaffung eines Beirates darf somit nicht zu einem Ausländerstimmrecht «light» führen. Das entspräche nicht dem Willen der Bevölkerung.

Beat Bachmann, Fraktion Mitte/EVP/glp: Fast jede/r dritte Bewohner/in unserer Stadt hat einen ausländischen Pass. Viele davon leben schon jahrelang hier und prägen diese Stadt mit. Wir leben in einer Stadt mit verschiedenen Kulturen und es gibt viele Anlässe, wo man das erleben kann. Zum Beispiel eindrücklich am Schulbegegnungsfest im Säli, wo Familien aus dem Quartier Spezialitäten aus ihrem Heimatland mitbringen und so eine grosse Vielfalt zusammenkommt. Nur können fast 30% der Einwohnerinnen und Einwohner sich politisch nicht einbringen und haben kein Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen. Sie können politisch nicht gleich reden, können keine politische Initiativen unterschreiben und nicht mitentscheiden wie wir. Mit einem Migrationsbeirat für Ausländerinnen und Ausländer gibt es eine Möglichkeit mehr, ihnen ein bisschen Gehör zu verschaffen und ihre Stimme in die Politik zu bringen. Der Stadtrat kann mit ihnen in Kontakt treten und ihre Fragen, Sorgen und Anliegen aufnehmen. Es geht eben nicht darum, eine Kommission im herkömmlichen Sinn zu bilden, sondern ein Gremium, in welches sie sich unabhängig ihrer Nationalität einbringen können. Die Fraktion Mitte/EVP/glp ist einstimmig für diesen Migrationsbeirat.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Die SVP wird diese Vorlage einstimmig ablehnen. Aus unserer Sicht gibt es zahlreiche Gründe, die gegen eine Schaffung eines Migrationsbeirates sprechen. Das letzte Mal haben wir am 26. September 2021 über das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene abgestimmt. Das war vor gut einem Jahr. Damals haben dies 107 Gemeinden im Kanton Solothurn abgelehnt. Unter anderem auch die Stadt Olten. Hier haben 58% nein gesagt zum Ausländerstimmrecht. Das Volk will somit nicht, dass Ausländer auf Gemeindeebene politisch mitbestimmen können, das gilt es zu akzeptieren. Hier ja zu sagen widerspricht somit dem Volkswillen. Die Initianten des Auftrages mögen nun so tun, als hätte ein Migrationsbeirat nicht mit dem Ausländerstimmrecht zu tun. Fakt ist aber, dass mit einem Migrationsbeirat ein Gremium geschaffen wird, das bei Fragen zur Integration, zum Zusammenleben der Kulturen und zu den Bedürfnissen der ausländischen Wohnbevölkerung beratend tätig würde, wie aus dem Vorstosstext zu entnehmen ist. Ein weiterer Grund ist es, dass es demokratiepolitisch Probleme ergäbe, die ein zwingend ein Nein erfordern. Mitgliedern eines Migrationsbeirates fehlt jegliche demokratische Legitimation. Wer soll sich im Migrationsbeirat engagieren dürfen? Wer bestimmt über die Mitgliedschaft im Migrationsbeirat? Beides sind zentrale Fragen der Demokratie. Der Stadtrat scheint dieses Problem auch zu sehen und schreibt in seiner Antwort auf den Vorstoss: «Er ist sich durchaus bewusst, dass es sich dabei nur um die zweitbeste Lösung handelt, werden doch mit einem solchen Gremium vor allem bereits gut integrierte und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügende Personen sowie Ausländer/innen-Organisationen, denen nicht die vollständige ausländische Wohnbevölkerung angehört, erfasst und kann diese somit nicht als Ganze abgeholt werden.» Wenn aber nur ein kleiner Teil der ausländischen Wohnbevölkerung vertreten ist, muss sichergestellt sein, dass es zumindest ein repräsentativer Teil ist. Wie das sichergestellt werden kann, ist für uns nicht klar. Wenn man ehrlich ist, kann niemand garantieren, dass die ernannten Mitglieder einen repräsentativen Teil der ausländischen, Oltnen Wohnbevölkerung ist. Der Stadt lässt eine mögliche Ausgestaltung auch offen. Wer also zu einem Migrationsbeirat ja sagt, kauft sozusagen die Katze im Sack. Jetzt noch zu den juristischen Vorbehalten: Wenn es den Initianten ernst ist mit ihrem Vorhaben, ich zitiere aus der Begründung: «Personen ohne Schweizerpass in den politischen Prozess der Stadt zu integrieren», dann gibt es aus unserer Sicht zahlreiche rechtliche Schwierigkeiten. Das Gemeindegesetz gibt uns zusammen mit der Gemeindeordnung vor, welches Organ in der Stadt Olten über welche Zuständigkeit verfügt. Das sind gemäss Artikel 4 der Oltnen Gemeindeverordnung die Stimmberechtigten, das Gemeindeparlament, der Stadtrat und die Kommissionen. Genau diese ausserparlamentarischen Kommissionen sind in der Gemeindeordnung der Stadt Olten geregelt. Der Stadtrat beschreibt den Migrationsbeirat in seiner Antwort «als beratendes Organ der Exekutive». Per Definition handelt es sich somit beim Migrationsbeirat um eine «ständige ausserparlamentarische Kommission». Und wir verweisen hierzu auf Artikel 54 Abs. 1 der Oltnen Gemeindeordnung. «Ausserparlamentarische Kommissionen begleiten, bewerten städtische Entwicklungsaufgaben in ihren Themenfeldern.» Gemäss Artikel 52 der Oltnen Gemeindeordnung sind die ständigen ausserparlamentarischen Kommissionen abschliessend in den Artikeln 59 und 60 geregelt. Bei einer Annahme müsste also die Gemeindeordnung angepasst werden, weil das Ziel «Per-

sonen ohne Schweizer Pass in den politischen Prozess der Stadt zu integrieren» auch tatsächlich umgesetzt werden darf. Und nicht, dass das bloss ein weiterer populistischer Wahlkampfstunt von OJ sein soll. Generell kann man an dieser Stelle festhalten, dass der Stadtrat nur sehr oberflächlich Stellung zum Auftrag nimmt. Aus unserer Sicht bleiben daher zahlreiche Fragen unbeantwortet. Das Gesetz über die politischen Rechte findet gemäss § 1 Abs. 3 sinngemäss: «Sinngemäss ergänzende Anwendung findet das Gesetz auf kommunale Wahlen und Abstimmungen, die an der Gemeindeversammlung und in den Gemeindebehörden stattfinden». Wenn die personelle Besetzung dieses Migrationsbeirates eine Wahl ist, findet also das kantonale Gesetz über die politischen Rechte Anwendung. Dort ist das passive Wahlrecht abschliessend geregelt und beinhaltet nur Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Es gäbe noch weitere Schwierigkeiten. Wir verzichten aber darauf, diese hier aufzulisten. Summa summarum: Der Auftrag ist wenig durchdacht und hat wenig überraschend erhebliche formale und rechtliche Mängel. Die Antwort vom Stadtrat grenzt wieder einmal an Arbeitsverweigerung. Aus den genannten Gründen wird die SVP-Fraktion einstimmig nein stimmen. Der Migrationsbeirat braucht es nämlich gar nicht. Ausländer, die sich politisch engagieren wollen, sollen sich einbürgern lassen.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Unser Fraktion ist sehr erfreut, stösst das Anliegen des Stadtrates auf so viel Zustimmung. Die ausländische Bevölkerung trägt genau so viel zu unserem gesellschaftlichen wie kulturellen Zusammenleben bei, wie alle andern mit Schweizer Pass. Ihr Engagement und ihr Beitrag, um die Stadt lebendiger zu machen, ist nicht wegzudenken. Um diese Menschen aktiver auch ins politische Geschehen einbinden zu können, wäre ein politisches Mitspracherecht umso wichtiger. Es macht mich jeweils traurig, wenn ich mit Freunden, die keinen Schweizer Pass haben, darüber rede, was sie in dieser Stadt gerne ändern möchten, und wenn die abschliessende Bemerkung meistens war, dass sie sowieso nicht mitreden können. Oder wenn Freunde mir erzählen, wie demütigend dieser Einbürgerungsprozess war und eben nicht so locker über die Bühne ging, wie gewisse Leute das Gefühl haben. Aus all diesen Gründen ist es umso schäder, dass die Initiative zum Ausländer/innen-Stimmrecht auf Gemeindeebene abgelehnt wurde. Nun ist es aber das Mindeste, dass 30% dieser Stadt, welche auch Freunde, Nachbarn oder Bekannte sind, immerhin ein indirektes Mitspracherecht in Form einer Arbeits- oder Begleitgruppe erhalten, um ihre Wünsche bei der Stadt anbringen zu können. Das ist im Gegensatz zu einer aussenparlamentarischen Kommission auch rechtlich möglich. Und noch von wegen, man würde mit dieser Begleitgruppe nicht auf den Volkswillen hören: Sind Ausländer/innen nicht Teil vom Volk? Sie wurden bei der ganzen Geschichte nicht gefragt. Wir haben definitiv ein Demokratieproblem, indem all die Menschen, die auch ein Teil des Volkes sind, keine Stimme haben. In dieser Begleitgruppe könnte man immerhin ein bisschen indirekte Mitsprache ermöglichen. Wir werden den Antrag ohne Gegenstimme für erheblich erklären.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Ich möchte das Fraktionsvotum nutzen, um mich bei der SVP zu bedanken für die Qualifizierung der Tiefe unserer Auseinandersetzung mit dem Thema. Wenn man in unserem Antrag schaut, wie auch in dem, was der Stadtrat geschrieben hat, kommt das Wort Kommission nicht vor. Das ist sehr wohl durchdacht, weshalb es nicht vorkommt. Man kann auch schauen, wie ein Ausländerbeirat oder Migrationsbeirat, wie es teilweise heisst, in anderen Städten realisiert wurde. Und das Wort Beirat ist bewusst gewählt. Weil eben die Assoziationen mit Kommissionen, politischen Kommissionen, die an das Bürgerrecht gebunden sind oder sogar an eine Wahl in ein Gremium, bewusst vermieden werden soll. Es ist eine beratende Instanz für den Stadtrat. Der Stadtrat ist sowieso frei, von wem er sich beraten lassen möchte. Darum haben wir das auch als Prüfauftrag eingereicht, dass sich der Stadtrat überlegen soll, ob er diese Mitsprache oder diese Beratung durch die ausländische Wohnbevölkerung in eine Form bringen will. Etwas, das nicht einfach ad hoc passiert, sondern eine gewisse Struktur hat. Und so wie ich jetzt auch von den Gegnern und Gegnerinnen gehört habe, habt ihr nichts dagegen, dass der Stadtrat sich auch auf diese 30% steuerzahlende Einwohner von Olten bezieht, die kein Stimmrecht haben. Sondern ihr seid nur dagegen, dass das irgendwie formal formalisiert wird, indem der Stadtrat sagt, wie er das machen will. Sondern ihr möchtet, dass das irgendwie unter der Hand und unauffällig passiert, ohne dass man es merkt, oder so. Ich weiss es nicht. Ich möchte euch motivieren, sagt doch ja

dazu, dass der Stadtrat auch die Methode, wie er mit der ausländischen Wohnbevölkerung kommuniziert, transparent offenlegt und für alle nachvollziehbar und verständlich. Weil das hat für jene Leute in Olten, die kein Stimmrecht haben, positive Effekte. Dass sie auch mitbekommen, was hier passiert. Und nicht vielleicht hören: Ah, ja, der Stadtrat hat übrigens noch und so. Sondern es ist ganz klar: Es ist für uns als Stadt positiv, weil es zeigt, dass wir offen sind für alle Leute, die hier wohnen. Und nicht nur für jene, die das Stimmrecht haben.

Nico Zila (FDP): Wenn ich Smartvote ausfülle, dann weiss ich eines im Voraus: Die junge SP landet ganz hinten. Es freut mich eigentlich jetzt, dass es eine Frage gibt, und nämlich das Ausländerstimmrecht im Kanton Solothurn, bei dem ich mit euch einer Meinung war. Die Abstimmung war aus meiner Sicht bedauerlicherweise sehr deutlich abgelehnt worden. Das gilt es zu akzeptieren. Offenbar ist die Zeit noch nicht reif für den Einbezug Steuerzahlenden mit anderem Geburtsort oder anderer Herkunft in normale, politische Prozesse. Um das geht es in diesem Vorstoss aber auch nicht. Tobias Oetiker hat es gesagt. In unserer Stadt sind 30% der Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass zuhause. Aber sie sind hier zuhause. Ich finde es als Gemeinschaft unglaublich widersinnig, ihr Wissen, ihre Ressourcen, ihre Kompetenzen nicht zu nutzen. Ich werde daher dem Vorstoss zustimmen und habe ihn auch mitunterschrieben. Und vielleicht zur Beruhigung: Tobi, du hättest vielleicht eine andere Fusszeile wählen sollen, als die linke Stadt Zürich hier auf Seite 1. Es gibt auch gutbürgerliche Gemeinden im Zürcher Oberland, die sehr gute Erfahrungen mit Migrationsbeiräten machen. Es ist bei weitem nicht nur ein linkes, sondern auch ein liberales Anliegen.

Cécile Send (JSP): Es wurde schon ein paar Mal betont, dass es eben nur die zweitbeste Lösung wäre. Und ich interpretiere das so, dass die beste Lösung gewesen wäre, wenn wir unsere Initiative durchgebracht hätten, dass Ausländer auf Gemeindeebene abstimmen könnten. Und ich finde, dass dies hier eine Mindestalternative ist, die man ihnen anbieten kann. Und auch das Bedenken des Stadtrates, dass es nur Personen daran teilnehmen können, die bereits gut integriert sind und über gute Sprachkenntnisse verfügen. Ich finde, das ist doch ein Zeichen bzw. ist es umso dringlicher, dass sie mitmachen und mitbestimmen können. Es wurde einfach von Ausländern gesprochen, aber ich möchte auch betonen, dass es oftmals eben um Personen geht, die schon sehr lange hier wohnen und ein klares Recht erhalten, damit sie sich engagieren können.

Seu-Jhing Tang (OJ): Die erste Frage, die sich mir stellt, ist der Kommentar, dass sich in diesem Gremium nur bereits gut integrierte und Leute mit ausreichend Sprachkenntnissen zur Verfügung stellen würden. Ich frage mich, weshalb ist das überhaupt ein Gegenargument? Auch ich bin gut integriert und kann ein gutes Bindeglied darstellen für all jene, die das vielleicht nicht können. Denn mein zweites Votum betrifft eigentlich die Aussage: Ja, wer sich politisch engagieren möchte, soll sich einfach einbürgern lassen. Sorry, das macht mich unglaublich hässig, denn das «einfach» stimmt nicht. Man kann sich nicht einfach so einbürgern lassen. Man braucht eine Niederlassungsbewilligung C. Man muss in der Schweiz mindestens 10 Jahre einen Wohnsitz haben. Im Kanton Solothurn vier Jahre, und in den Gemeinden zwei Jahre. Dann kommt noch der finanzielle Aspekt. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe habe viele Leute nicht viel Geld. Und so ein Verfahren kostet, und zwar nicht unerheblich. Im Kanton sind das Kosten von bis zu CHF 2500 und dann kommen noch die Gebühren der Gemeinde dazu, die bis zu CHF 3000 betragen können. Und das sind Kosten, die nicht alle Familien tragen können. Plus würde ich nun mal behaupten, dass die Hälfte der Leute, die hier drinsitzen, das Einbürgerungsverfahren vermutlich nicht einmal bestehen würden. Also, daher finde ich die Aussage, sie sollen sich einbürgern lassen, sehr, sehr lapidar. Und ja, eigentlich fast ein bisschen frech gegenüber all den Leuten, die sich bemühen.

Heinz Eng (FDP): Wir sind hier wieder in einem klassischen Schwarz-Weiss-Denken. Die vornehmen, schweizerischen Oltnerinnen und Oltner sagen in einer Arroganz, was eigentlich die Minderheit der ausländischen Bevölkerung in Olten braucht. Nämlich, sie braucht einen Migrationsbeirat. Das ist doch eine Arroganz sondergleichen. Ob es die Stadt Zürich hat oder nicht, spielt keine Rolle. Es geht doch darum, wollen die das oder wollen die das nicht. Ich habe jahrelange Erfahrung in der Integrationskommission. Wir haben dann diese Kommission

abgeschafft. Wir haben in dieser Integrationskommission das Leitbild gemacht. Wir haben mit Silvia Büchi eine ausgezeichnete Fachfrau. Und vor allem haben wir eines gemacht: Wir haben Fragebogen gestellt an die ausländische Wohnbevölkerung in Olten. Was wollt ihr? Was bewegt euch? Wie kann man euch helfen? Und so weiter. Und ich bin sicher, das wird heute noch gemacht. Und es kommt nicht an erster Stelle, wir wollen einen Migrationsbeirat, wir wollen mitreden und so. Dort geht es darum, wie kann ich Deutsch lernen? Wie kann ich mit meinen Familienmitgliedern besser integriert werden? Wo finde ich einen Job? Und so weiter und so fort. Wie kann ich wieder einmal ins Heimatland reisen? Das sind die Probleme, welche sie bewegen. Und nicht irgendwie ein Migrationsbeirat, irgendein Gremium, das dann hier auch noch auf einer Umlaufbahn ist. Denn Seu-Jhing, ich muss dir komplett widersprechen. Ich bürgere ein. Es ist nicht die Einwohnergemeinde Olten, die einbürgert, sondern die Bürgergemeinde Olten. Und dort werden praktisch 90% von allen, die einen Antrag stellen, auch eingebürgert. Es ist schon klar, es wissen nicht alle, die Fragen beantworten müssen, wie du gesagt hast, wer Wilhelm Tell ist. Aber deswegen wird auch niemand abgelehnt. Dass man vielleicht wissen sollte, welcher Fluss durch Olten fliesst und so weiter, ja, das wäre vielleicht nicht schlecht. Aber auch das ist kein Killerkriterium. Und dass die Jungen, so wie zuvor ein Vorredner gesagt hat, sagen, es nützt ja sowieso nichts und was weiss ich, was alles, wir können ja sagen, was wir wollen, es wir nicht gehört, das stimmt nicht. Das stimmt nicht. Die Einbürgerung ist nicht der Spiessrutenlauf und das letzte Mittel oder etwas, wobei ich meine Seele verkaufen muss. Wir wären froh, wollten sich mehr einbürgern lassen. Aber hier ist das scheinbar zu wenig attraktiv, was weiss ich nicht, was alles. Und das Finanzielle, es tut mir leid, das ist nie ein Kriterium. Da kann man nachher entsprechend sagen, ich kann das nicht bezahlen, was weiss ich nicht, was alles. Man kann in Raten zahlen und so weiter. Also da muss man schon auch mal diese Seite sehen. Voilà. Wir schliessen, es ist eine Arroganz von uns, der Mehrheit der schweizerischen Wohnbevölkerung in Olten, über eine Minderheit der ausländischen Wohnbevölkerung zu bestimmen, dass sie einen Migrations-beirat braucht. Fertig.

Matthias Borner (SVP): Zuerst möchte ich der Sprecherin von OJ etwas entgegen: Diese Klausel, dass vor allem gut integrierte Leute mit ausreichenden Sprachkenntnissen drin sind, das ist aus dem Wording des Stadtrates, sprich vom Stadtpräsidenten Thomas Marbet. Das kam nicht von uns. Zu Tobias muss ich sagen, ich kann deinen Argumenten und Ausführungen sehr gut folgen und das, was du sagst, tönt auch gut. Und du hast auch recht. Aber wenn ich den anderen zuhöre, Nico Zila zuhöre, den Grünen zuhöre, dann geht es ihnen bei einem Migrationsbeirat darum, diesen demokratisch legitimierten Entscheid eigentlich auszuhebeln. Das, was auch in der Stadt Olten abgelehnt wurde. Und wenn ich diesen Argumentationen zuhöre, ausser jetzt bei dir, Tobias, geht es bei allen anderen eigentlich darum, diesen Entscheid auszuhebeln.

Manuela Höfler (GO/JGO): Ich möchte genau darauf etwas sagen. Ich glaube, wir diskutieren über das Falsche. Es geht jetzt hier nicht darum. Es wird immer Leute geben, die sich einbürgern lassen können und wollen, und solche, die sich nicht einbürgern können oder wollen, weil vielleicht eine Doppelstaatsbürgerschaft von ihrem Herkunftsland her nicht erlaubt ist. Das ist aber hier gar nicht das Thema. Das Thema ist, dass wir hier 30% Menschen haben, die Kompetenzen, Bedürfnisse und Fähigkeiten haben, die wir in einer Form einen Kanal schaffen möchten, zur Politik unserer Stadt. Und das wird es immer geben. Wir müssen nicht darüber streiten, ob es gut oder schlecht ist, dass wir das kommunale Ausländerstimmrecht nicht eingeführt haben. Das ist vorbei. Darum geht es nicht. Und es geht auch gar nicht darum, ob wir Grünen oder jemand anders damit im Hintergrund etwas erreichen will. Denn jene Leute, die in diesem Beirat sitzen, die werden das zusammen mit dem Stadtrat prägen, dieser kann das steuern. Eins ist doch ganz klar: Wir werden immer in einer Form mit diesen Leuten reden müssen. Da hätten wir dann einen klaren Kanal. Wir haben ein Gefäss. Wir könnten dort auch Anfragen eingeben. Wir könnten ein Sounding-Board machen, genau das gleiche, wie wir es in der Innenstadt bei Bedarf haben. Das ist doch nicht falsch. Ich habe überhaupt keinen Grund gehört, der dagegenspricht, dass wir das haben. Denn diese Leute wohnen hier. Und ja, ich weiss nicht, mit wie vielen Leuten ihr sonst Kontakt habt. Ob diese jetzt hochgebildet sind und unsere Sprache spreche oder nicht. Aber es gibt wirklich aller Arten Leute. Und übrigens, ich

bin zwar keine Migrationsexpertin, aber was ich mal gehört habe ist, dass es sicher Communities gibt. Dort spricht man die eigene Sprache, man sucht sich seine Landsleute. Und wenn dort einzelne Leute die Sprache sprachen, tragen diese das Wissen wieder in diese Gemeinschaft rein. Und so haben wir dann schon Verbindungen, auch wenn nur Leute mit Sprachkenntnis in diesem Beirat sitzen. Also, das ist eigentlich nur eine Win-win-Situation.

Muriel Jeisy-Strub (die Mitte): Es sind nun doch noch ein paar Voten gefallen, die etwas komisch angemutet haben und worauf ich zurückkommen möchte. Wir sprechen hier von einem Prüfauftrag. Es geht darum, dass der Stadtrat aufgefordert wird zu prüfen, einen solchen zu schaffen. Daher finde ich auch nicht, dass das Wort... «Arroganz» und dass wir ihnen das aufdrücken wollen, ist mir etwas in den falschen Hals geraten. Sondern wir sagen lediglich dem Stadtrat, dass wir auch der Meinung sind, dass dieses Anliegen geprüft werden soll. Und dann kann man sie immer noch fragen, wollt ihr das wirklich. Und ich denke, ohne deren Willen macht man nichts, sondern das haben auch Leute, die – sagen wir mal – Verbindungen haben, oder wie Seu-Jhing es dargelegt hat, das Anliegen bereits gehört haben, dass sie es überhaupt einbringen. Das muss man schon sehen. Und zu Matthias: Es ist wirklich nicht so, dass es für uns mit dieser Volkabstimmung gleichgestellt werden kann. Da stehen wir völlig dahinter, dass es nicht um die Abstimmung geht und dass der Volkswille akzeptiert wird. Es geht ja auch gar nicht darum, dass sie hier durch den Migrationsbeirat parallel abstimmen können. Es geht doch gar nicht darum, sondern es geht einfach darum, ein Gefäss zu schaffen für einen Grossteil der Bevölkerung, die sonst keine direkten Kanäle zum Stadthaus oder die Leute hier hat. Und das muss man schon differenzieren. Daher finde ich diesen Vorwurf, alle, die das befürworten, wollen dies einfach umgehen, schon etwas anmassend.

Seu-Jhing Tang (OJ): Ich möchte gerne zum Votum von Heinz Stellung nehmen. Es freut mich sehr zu hören, wenn du sagst, dass 90%, welche den Antrag stellen, auch bewilligt bekommen. Aber, bis sie überhaupt den Antrag stellen **können**, gibt es unglaubliche Hürden. Und dort finde ich, sollte man es nicht einfach kleinreden.

Tobias Oetiker (OJ): Matthias, schön, dass du meine Argumentation siehst und sie dir nicht in den falschen Hals kommt. Ich denke, was ganz wichtig ist zu beachten, und das passiert uns im Parlament in letzter Zeit immer wieder: Wir haben einen Text, worüber wir abstimmen und dann gibt es ganz viele Meinungen und Interpretationen zu diesem Text. Aber wir stimmen trotzdem nur über den Text ab, der hier steht. Und nicht über die Wünsche und Bedürfnisse und die vergangenen Geschichten, welche alle mit sich noch mitschleppen und mit ihren Voten darlegen. Aber letztendlich geht es nun lediglich darum, ob wir wollen, dass der Stadtrat prüft, wie es wäre, wenn er einen Migrationsbeirat schaffen würde, um die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu verbessern. Und sich beim Thema Bedürfnisse und Zusammenleben der Kulturen durch die Leute in diesem Migrationsrat beraten lassen. Und nicht mehr.

Florian Eberhard (SP): Lieber Heinz, ich glaube dir, dass bei der Befragung nicht wortwörtlich gewünscht wurde, ein Migrationsbeirat zu schaffen. Zweifelsohne ist das wohl so. Es ist für mich aber ein Mittel, sich zu beteiligen und die Bedürfnisse eben direkt zu äussern in Form von Sprachkursen und so weiter, wie du es benannt hast. Und es ist vor allem ein Mittel, dass in Zukunft nicht via Sprachrohr Heinz Eng die Bedürfnisse in Parlament getragen werden können, sondern auch von den direkt betroffenen. Zur Statistik, die du erwähnt hast: Dass bei 90% derjenigen, die eingebürgert werden möchten, das auch so passiert, ist wohl ein kleiner Einschub vergessen gegangen. Und zwar handelt es sich um 90% von jenen, die es sich leisten können eingebürgert zu werden. Und die Kosten sind hier ein Killerkriterium, und nicht irgendwelche Fragen nach Wilhelm Tell. Und die demokratische Beteiligung sollte für mich keine Frage des Portemonnaies sein, sondern allen offenstehen, die eine demokratische Beteiligung möchten.

Tobias Oetiker (OJ): Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Ordnungsantrag

Mit 29 : 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Ordnungsantrag zugestimmt.

Beschluss

Mit 23 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Das war's für die heutige Sitzung. Wir treffen uns so-
gleich noch im Café Ring zum Anstossen.

- - - -

Parlamentspräsidentin:	Laura Schöni
Stadtschreiber:	Markus Dietler
Schriftliches Protokoll:	Andrea Baumann
Verantwortliche Protokollführerin:	Andrea von Känel Briner

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach
der Zustellung schriftlich einzureichen.